

Das Schloss an der Spree zu Berlin mit seinen über **1.200** Räumen wurde ab 1920 in der parlamentarischen Republik Deutsches Reich vielseitig genutzt; bekanntlich war es zumeist ein vermietetes Verwaltungsgebäude, genutzt auch für Staatsakte, Hoffeste, Serenadenkonzerte und zur Unterbringung von Staatsgästen.

Noch 1924 waren im obersten Geschoss als „Dachräume“ 27 Dienstwohnungen für Museumsleiter der Museumsinsel für die Staatlichen Museen. Keinerlei Repräsentationszwecken dienten mind. 2/3 Räume; d.h. lediglich 1/3 war kunsthistorisch wertvoll - keineswegs wilhelminisch - gestaltet und ausgestattet.

Käuflich erworben hatten die brandenburgischen Markgrafen und Kurfürsten aus dem Haus Hohenzollern sowie Burggrafen zu Nürnberg das Areal zum Bau des **Renaissance**-Schlosses an der Spree im 15. Jahrhundert. (s. dazu „Berliner Unwille“ und Öffnen der Archen und damit Überflutung des ersten Bauplatzes für ein Schloss). Zum kurfürstlich-königlich-kaiserlichen Areal wurde das ehemals unbebaute Cöllner Gebiet, d.h. hinter der eigentlichen Stadtmauer Cölln und dem Dominikaner Kloster (ggr.1297).

Die Cöllner Stadtmauer verlief nach der Beschreibung aus 1442 quer zum Werder bis zur Unterspree bzw. auf der angeblichen „Spreeinsel“ bzw. einer eiszeitlichen Talsandinsel (vor etwa 10.000 Jahren).

Der Abflussgraben zur Spree hin entstand erst **1681** und diente der Umflutung für den Schiffsverkehr zwischen Spandau und Köpenick sowie der Stadtbefestigung der Fischerstadt Cölln a. d. Spree.

Erst ab **1822** entstand durch den ergraben Ausbau des Abflußkanal zum sog. Kupfergraben unter dem Baumeister Karl Friedrich Schinkel die Entstehung der sog. „**Museumsinsel**“.

Unstrittig waren die „Hohenzollern“ - brandenburgische Markgrafen und Kurfürsten¹, preußische Könige - auch als drei deutsche Kaiser Auftraggeber² für Arbeiten³ im/am Schloss zu Berlin. Erste Baumeister wurden Kaspar Theyss und Gf. zu Lynar im 16. Jahrhdt. (s. z.B. Stadtansicht von 1639, 1652 Memhardt-PLAN von 1652, einer Mischung aus Realität und Phantasie) sowie auch Nehring zum Ende des 17. Jahrhdt.; d.h. vor Andreas Schlüter⁴.

Sie ließen mit unzähligen uns heute unbekanntem Künstlern in ihrem jeweiligen Handwerk das „Schloss“ an der Spree“ bis 1918 auch verändern.

Der Adresskalender des „Hofes“ von 1704 gibt uns Auskunft zu Namen, Wohnung und Berufung am Schloß-Hof der Hohenzollern in Cölln zu Berlin an der Spree.

Bauräthe: Cammergerichtsräthe *Krause, Mieg* und *v. Pehnen*.

Baumat:

Schloßbaudirektor *Andreas Schlüter*; Landbaudirektor: *Martin Grüneberg*; Baudirektor; *Joh. Friedrich Nilsson Eosander*.

Bau-Kommissar *Peter Jänicke*; Kondukteur *Christian Wagner*.

Baufaufseher *Nathanael v. Leyen*; Hof-Stuckateur *Johann Simonetti*; Hof-Zimmermann *Nikolaus Reichmann*; Hof-Steinmetz *Leonhard Braune sen.*; Hof-Maurer *Leonhard Braune jun.*; Hof-Kleinschmied *Christoph Jänicke*; Hof-Tischler *Andreas Fricke*; Hof-Glaser *Baltzer Seydel*; Hof-Seiler *Christoph Fischer*; Hof-Töpfer *Christian Trutzke*; Kammer-Tischler *Johann Trenckler*. Bildhauer *Joh. Hermann Backer*; *Samuel Nahe*; *Friedrich Herfurth*; *Cornelius Hentze*; *Wilhelm Hulot*; *Joh. Jacob Hübner*...das war die sog. „Schlüter-Werkstatt“ am sog. „Schlüter-Schlossbau“.

1713 war am Königlichen Residenzschloss an der Spree zu Berlin - allerdings nur anonym - angeschlagen worden „dieses Schloß ist zu vermieten, und diese Residenz Berlin ist zu verkaufen“...dabei hinterließ Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg bzw. König Friedrich I. in (ost)Preußen seinem einzigen Sohn und zugleich Nachfolger Friedrich Wilhelm I. (Soldatenkönig) und den Bürgern lediglich eine Schuldenlast von 20 Millionen Thalern. Der spätbarocke Umbau und Ausbau der Renaissance-Schlossanlage erfolgte bekanntlich zuerst durch *Andreas Schlüter* von 1698-1706 mit dem Portal I und Portal V sowie dreiseitig im sog. Schlüterhof; gen

¹ Kurfürst Friedrich III. (Friedrich I. als König in (ost)Preußen) gründet 1698 mit dem Ankauf der röm. Sammlung Bellori den Grundstein der Antikensammlung in Brandenburg-Preußen.

² s. Bauakten ab 1859 bis 1918 im Geheimen Preußischen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem

³ Caspar Theyss (Kurfürst Joachim II.), Graf R. zu Lynar (Kurfürst Johann Georg) Andreas Schlüter³, Martin Heinrich Böhme, Joh. Friedrich Nilsson Eosander³ (Kurfürst Friedrich III. = König Friedrich I. in Preußen) zum Umbau des Renaissanceschlosses in Cölln-Berlin unter Schloß-Baudirektor Andreas Schlüter und barocken Neubau des ehemaligen Vorhofes bzgl. der Memhardtschen Stadterweiterung gen Westen...unter preußischen Königen: Johann August Nahl, die Gebrüder Hoppenhaupt, Carl Gotthard Langhans, v. Gontard, v. Erdmannsdorf (Friedrich Wilhelm II.), Karl Friedrich Schinkel und August Stüler (Friedrich Wilhelm III./ König Friedrich Wilhelm IV.), Adolf Heyden, Ernst v. Ihne und Albert Geyer (Wilhelm II.).

⁴ geb. etwa vor 1656 (Slitter aus Hamburg?); 1682 Danziger Steinmetz und auch in Warschau tätig; vh vor 1685 Anna Elisabeth Spangenberg aus Berlin - nachweislich 5 Kinder, von denen die Töchter Anna Eleonore (1687) und Hedwig Elisabeth (*1690) sowie Sohn Daniel (vor 1687) in Warschau geboren - und ev. getauft worden sind; ab 1694 in Berlin Hofbildhauer; s. Köpfe sterbender Krieger am Zeughaus, 1697 Bronze-Reiterstandbild für den großen Kurfürst Friedrich Wilhelm v. Hohenzollern und Standbild Friedrich III., 1699-1706 Schloßbaudirektor für Kurfürst Friedrich III. v. Hohenzollern bzw. König Friedrich I. in Preußen; s. Bronzebüste Landgraf Friedrich II. v. Hessen-Homburg, s. Reliefs Alte Post, s. Kanzel Marienkirche, s. Grabmal Männlich i. d. Nikolaikirche, s. Sarkophage für Prinz Ludwig, Königin Sophie Charlotte und König Friedrich I., s. Marmorsaal im Stadtschloß Potsdam, s. Haus Kameke.

Ab 1713 mit Sohn Daniel in Petersburg; gest. 1714 in Petersburg (Choleraepidemie)

⁵ keineswegs „Stadtschloß“ genannt, der Name taucht erst durch Joachim Fest/F.A.Z. nach 1990 auf

Westen zum Mühlengraben unter *Joh. Eosander*⁶ ab 1707 bis 1713 für die Lustgartenseite mit Portal IV und Portal III an der Schlossfreiheit und nach 1713 bis 1716 letztlich unter *Martin Böhme* zur Schlossplatzseite mit Portal II.

Um nur z.B. einige von den **70 Räumen** im ehemals barocken Bauwerk, des einst „Königlichen Schlosses zu Berlin an der Spree“, aus der repräsentativen Nutzungszeit z.B. seit Mitte des 19./20. Jahrhundert zu nennen:

Erdgeschoss: Rokoko - Zimmer (Innenausbau Geyer); Boucher - Zimmer mit Saal Louis XVI.; Erdgeschosshalle
Mittelgeschoss: Barockhalle; Holländisches Zimmer; Rotes Zimmer/Bibliothekszimmer (Geyer); die Königskammern mit: Thron-, Speise-, Konzert-, Säulen und Schadowsaal (v. Gontard, v. Erdmannsdorf)

Obergeschoss: Weißer Saal (umgebaut Stüler, v. Ihne erweitert mit Galerie des Weißen Saals); Gobelin-Galerie (Eosander/Umbau v. Ihne); Königinnensaal (Ausbau v. Ihne); Kostümsaal (Schlüter, Deckenmalerei Wentzel); Paradedeckeln (Schlüter); Kapitelsaal (Schlüter/Eosander; Anton v. Werner); Rote Samtkammer; Elfenbeinzimmer (Deckenmalerei v. Leygebe); Rittersaal (Schlüter, Deckenmalerei Wentzel); Rote Adlerkammer (Deckenbild Gericke); Fayencezimmer; Schweizersaal; Marmorsaal (Schlüter, Deckenbild Rode); Majolikasaal (v. Ihne, Nager); Kurfürstenzimmer (vor 1700/Deckenmalerei Vaillant); Chinesisches Kabinett (vor 1700); Betkabinett und Eckzimmer (Deckenbilder 1683 Langerfeld); Brautkammer; Ostasiatisches Kabinett (Schlafzimmer; Deckenbilder Vaillant); Chinagalerie (P. Nason 1665).

Wie ebenfalls hinlänglich bekannt, wohnten ab König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und spätestens ab 1850 auch dessen beide Söhne und regierende Nachfolger aus dem Haus Hohenzollern:

König Friedrich Wilhelm IV. sowie König und Kaiser Wilhelm I. von Preußen - abgesehen von verhältnismäßig wenig genutzten repräsentativen Privaträumen im Südflügel des Berliner Schlosses - überwiegend im „Kronprinzenpalais“ an der Straße „Unter den Linden“; zumeist in Potsdam und Babelsberg.

Das erst ab 1871 bestehende Deutsche Kaiserreich unter drei deutschen Kaisern aus dem Haus Hohenzollern war ein Fürstenbund, gebildet als ein „ewiger Bund“ von 25 Mitgliedern⁷ bzw. von Fürstenhäusern, die jeweils eigene Ministerpräsidenten bzw. einen Senat sowie in der Reichshauptstadt Berlin Botschafter im Bundesrat unterhielten...die hanseatischen Abgesandten der freien Hansestädte im Reich redeten z.B. den deutschen Kaiser als „Hoher Verbündeter“ an.

Am Morgen des 10. Nov. 1918 fuhr der deutsche Kaiser und preußische König *Wilhelm II. v. Hohenzollern* mit Gefolge ins neutrale Holland ein. Die niederländische Regierung stimmte - auch wegen der engen verwandtschaftlichen Beziehungen ihres regierenden Königshauses Oranien mit dem Haus Hohenzollern - dem Asylbegehren zu; dessen **Verzichtserklärung** datiert vom **28. Nov. 1918**.

Am 09. Nov. 1918 habe *Dr. Karl Liebknecht*⁸ vor dem Berliner Schloss - seine Tribüne für die Proklamation einer freien sozialistischen Republik Deutschland mit dem angeblichen Aufruf zur „Vollendung der Weltrevolution“ - Spartakisten und meuternden Matrosen verkündet - *alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten*:

1. angeblich im Lustgarten vor der Schlossbrücke mit der Hand Richtung Portal IV. zeigend sein Ziel eine sozialistische Räterepublik nach sowjet-russischem Vorbild zu errichten.

(s. Photo mit unkenntlicher Person auf einem Autodach; vielleicht die Stelle, wo am 01. Aug. 1914 die Mobilmachung von einem Offizier - geschützt von Soldaten - für das VOLK verlesen wurde.

...s. offizielle Photos im DHM und Lehrbüchern).

2. angeblich auf der Balustrade beim Portal IV - s. DDR-Ölgemälde von 1950 in künstlerischer Freiheit

3. angeblich mit Fahne auf dem Balkon i. d. 2. Etage vom Portal V. („Kaiser“- Balkon vor dem Rittersaal im sog. Schlüterbau) - s. DDR-Ölgemälde von 1950 in künstlerischer Freiheit

⁶ geb. 1669 i. schwedischen Stralsund, Eltern: Nils Israel Morgenrot (= Eosander) 1683 schwed. Generalquartiermeisterleutnant in Stralsund bis Riga und Gertrud Warnecke (gest. 1683 oder 1686 i. Riga); Ausbildung zum Festungskondukteur in Riga, Stettin und ab 1697 in Stockholm...nach 1699/1700 Berlin und Studien in Paris; 1702 in Berlin Baudirektor s. z.B. ab 1705 bis 1713 Umbau zum Schloss in Charlottenburg und Oranienburg, Niederschönhausen, Monbijou - ab 1707 i. d. Nachfolger Schlüters und ab 1710 zu den Erweiterungsbauten des Schlüter-Schlosses; v. h. i. Berlin Marie Charlotte Merian (1691-1753, 4 oder 5 Kd.); 1713 Flucht mit Festungs- und Bauunterlagen in schwedische Dienste, schwedischer Adelstitel: Freiherr v. Göthe (Gotland) unter König Karl XII.; in Stralsund von brandenburgischen Truppen gefangen genommen, verurteilt, Festungshaft in Spandau u. Frankfurt; gest. 1728 im sächsischen Dresden

⁷ **Königreiche:** Bayern (Residenz: München), Preußen (Residenz. Berlin), Sachsen (Residenz: Dresden) und Württemberg (Residenz: Stuttgart). **Großherzogtümer:** Baden (Residenz: Karlsruhe), Hessen (Residenz: Darmstadt), Mecklenburg (Residenz: Schwerin), Luxemburg, Oldenburg, Sachsen-Weimar-Eisenach. **Herzogtum:** Anhalt (Residenz: Dessau), Braunschweig-Lüneburg-Oels (Residenz. Braunschweig), Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Meiningen. **Fürstentum:** Lippe (Residenz. Detmold), Reuß ä. Linie in Greiz, Reuß j. Linie in Gera, Waldeck-Pyrmont (Residenz: Arolsen), Schaumburg-Lippe (Residenz: Bückeburg), Schwarzburg-Rudolstadt und -Sondershausen sowie die Hansestädte: Bremen, Hamburg und Lübeck

⁸ als Soldat im Jahr 1916 Mitbegründer des Spartakusbundes, keineswegs mehr SPD-Abgeordneter im Reichstag und am 23. Okt. 1918 durch Generalamnestie aus vierjähriger Gefängnishaft nach zweijähriger Inhaftierung vorzeitig entlassen. Wann und wo hielt *Dr. Liebknecht* in Berlin-Mitte nachweislich am 09. Nov. 1918 welche spontane Rede ohne schriftliches Konzept; z.B. auch für die Volksmarinedivision im besetzten Schloss an der Spree sowie im benachbarten Königlichen Marstall?

4. angeblich i m Innenhof/sog. Schlüterhof zum Balkon/Galerie der ehemaligen Wohnung des preußischen Königs *Friedrich Wilhelm IV.* v. Hohenzollern weisend (vh mit Elisabeth Pz. v. Bayern) - lt. Redetext bezogen auf die Märzrevolution 1848 (s. verschiedene angeblich authentische Redetexte in der „Liebknecht Biographie“ der DDR etc. von mehreren „Zeugen“).
5. angeblich v o r der Balustrade - nahe Portal IV. des Schlosses - stehend (s. Stummfilm-Ausschnitt)

Lt. „Vossische Zeitung“ vom 10. Nov. 1918 sagte *Dr. Liebknecht* im Lustgarten vor dem Schloss: *Parteigenossen! Ich proklamiere die freie sozialistische Republik; die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte mehr geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit findet. Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, dass unsere Arbeit getan ist. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks, und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Weltrevolution auf. Wer von Euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur...*

Zu *Dr. Liebknechts* Ansicht vor Matrosen, Soldaten und Spartakisten im Schlüterhof, „**das Schloss ist jetzt Eigentum des Volkes**“ äußerte der Kommandant der Matrosenabtlg. im Schloss:

...meine Leute sind eine organisierte Räuberbande. In 500 Zimmern des Schlosses ist jedes Behältnis aufgebrochen und seines Inhalts, wenn wertvoll, beraubt worden. Der Wert der bisher geraubten Gegenstände dürfte bereits 1 Million (Goldmark) erreichen. Der Plünderungszug der gesamten Wache, beweist, daß das Schloß den Plünderern vollkommen ausgeliefert ist.

Das Reichs-Finanzministerium veröffentlichte zum Geschehen in Schloss in Berlin-Mitte am 05./06. Dez. 1918 eine Denkschrift:

...der tatsächliche Zustand ist, daß im Mittelpunkt der Stadt, unter den Augen der Sicherheitsbehörden, das Schloß, augenblicklich das wertvollste Nationaleigentum, einer Bande von Plünderern schutzlos preisgegeben ist!

Im Aug. 1919 konnte über den Reichsfiskus „Huis Doorn“ für 500.000 Gulden als Domizil für Wilhelm II. v. Hohenzollern und dessen Familie erworben werden. Die sozialdemokratische Regierung der „Weimarer Republik“ unter Reichspräsident *Ebert* überwies dem ehemals deutschen Kaiser und preußischen König Millionenbeträge zum „Standesgemäßen Unterhalt“. Gegenstände zur Einrichtung⁹ des übrigens sehr bescheidenen Schlosses sind seinerzeit von der sozialistischen Regierung aus dem Privatbesitz des Königs nach Holland überführt worden.

Bis 1925 versuchten die im Nov. 1918 entthronten deutschen Fürstenhäuser des Deutschen Kaiserreichs: Preußen, Bayern, Hessen, Baden, Württemberg, Sachsen, Thüringen, Oldenburg und Mecklenburg in jahrelangen „Vergleichsverhandlungen“ mit dem jeweils zuständigen Oberlandesgericht als sog. „Auflösungsbehörde“ die Rückgabe der beschlagnahmten Vermögen zu erreichen. Als schwierig erwies sich die Trennung von privatem zu fiskalischem Vermögen. Linke Parteien - einschließlich der N.S.D.A.P - forderten die entschädigungslose Enteignung von Wäldern, Sammlungen und Archiven und der Patronate in Kirchen und Schulangelegenheiten als gemeinnützige Einrichtungen der Fürsten.

Am 13. Febr. 1926 wurde im Provinzial-Landtag der preußischen Provinz Brandenburg der Antrag der KPD, die Abfindung des „Haus Hohenzollern“ abzulehnen und sie entschädigungslos zu enteignen, mit 47 gegen 44 Stimmen aus KPD/SPD abgelehnt (s. 10/1926 „Einigungsvertrag“ der Republik mit dem Haus Hohenzollern).

Im Mai 1926 berichtete die Generalverwaltung des Preußischen Königshauses:

„dem König sind durch das Finanzministerium (Republik Deutsches Reich) zur Beschaffung von Wohnung in Holland mit Ankauf, Ausbau und Einrichtung von Haus Doorn zur Bestreitung des dortigen Unterhalts und zur Zahlung der holländischen Steuern im Herbst 1919 die Erlöse für die vom Reichsfiskus angekauften Grundstücke Wilhelmstraße 72/73 und in den folgenden Jahren weitere Beträge von zusammen 32 Millionen Papiergeld und 24.000 holländische Gulden aus dem als Privateigentum anerkannten sogen. Hausschatz bzw. aus den Überschüssen der Hofkammer nach Holland überwiesen worden“.

Am 20. Juni 1926 erreichte das seit Dez. 1925 von KPD, SPD zusammen mit N.S.D.A.P initiierte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der deutschen Fürsten lediglich 14,5 Mio. Stimmen; es scheiterte an der benötigten Mehrheit, dem Quorum von 20 Mio. Stimmen.

⁹ s. die berühmt/berüchtigten 59 Eisenbahnwaggons von Berlin nach Haus Doorn mit Gemälden, Teppichen, Gobelins, Bibliothek, KPM und Meißner Porzellan und Geschirr, Silberwaren, Uniformen und Exponate aus der Schnupftabakdosensammlung von Friedrich II. sowie Mobiliar aus dem Berliner Schloss, Schloss Bellevue und dem Neuen Palais in Potsdam

Am 26. Okt. 1926 räumte die Weimarer Republik außerdem sowohl dem exilierten deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm II. v. Hohenzollern und seiner zweiten Ehefrau *Hermine* (vw v. *Schönaich-Carolath*; geb. Prz. v. *Reuß*) ein Wohnrecht auf Lebenszeit in Schloss und Park von Bad Homburg v. d. H. am Taunus ein (was beide nicht wahrnahmen) als auch dem ehemals preußischen Kronprinzenpaar *Wilhelm* v. Hohenzollern und *Cecilie* v. Mecklenburg mit beiden Söhnen sowie deren Enkelkindern auf Lebenszeit die Wohnsitze in Potsdam „Cecilienhof“ mit Park und Garten sowie Schloss Oels in Schlesien und Schloß Schildberg mit 22.000 Morgen Landbesitz ein.

Außerdem stand bzgl. Art. 109, Abs. 1 der Reichsverfassung zum **N a m e n s r e c h t**¹⁰ den Mitgliedern des vormals landesherrlichen Hauses Hohenzollern der T i t e l/die Bezeichnung *Prinz von Preußen* zu.

Ab dem **29. Okt. 1926** fielen dem ehemals Preußischen Königshaus, d.h. dem Haus Hohenzollern, im „**Einigungsvertrag**“ mit der Republik Deutsches Reich unter Reichspräsident *Paul* v. *Hindenburg* und Reichskanzler *Dr. Wilhelm Marx* außer der Barsumme von 15 Millionen Reichsmark zusätzlich Landbesitz von 25.000 Morgen, in Groß-Berlin auch das Palais Wilhelm I. und das Niederländische Palais Unter den Linden sowie „Schloss Monbijou“ (Hohenzollernmuseum) und das „Prinz Albrecht Palais“ in der Wilhelmstraße sowie das Jagdschloss Rominten in Ostpreußen, das Gut Cadinen in Westpreußen, Schloss Hammelseck b. Kiel, Burg Rheinfels, Schloss Reinhardtshausen b. Erbach und zur Hälfte¹¹ die Stammburg Hohenzollern zu.

Jeder **S o h n** des ehemals preußischen Königspaares behielt seine Potsdamer Villa, „um sich standesgemäß die **i h m** zusagende Zerstreung gönnen zu können“.

Dem Staat, der parlamentarischen R e p u b l i k Deutsches Reich¹² fielen durch diesen „**Einigungsvertrag**“ vom **29. Okt. 1926** die Schlösser in Berlin mit Charlottenburg und im Grunewald; in Potsdam - außer Cecilienhof; in Oranienburg, in Königsberg, in Oliva, in Marienburg, in Hannover, in Kassel, in Homburg, die ehemals königliche Opern- und Schauspielhäuser in Berlin, Kassel und Wiesbaden einschließlich Fundus, die „Schackgalerie“ in München, viele Kunstschatze sowie bebaute und unbebaute Grundstücke zu.

Am **09. April 1943** erging der „Führer-Erlass“ zu nicht zu transportierenden, d.h. von nicht abnehmbaren Kunstwerken Farbphotographie/Filme etc. Diesem Erlass vom 09. April 1943 „verdankt“ Groß- Berlin, dass z.B. auch im Berliner Schloss sowie noch am 09. November 1943 im Schloss Charlottenburg etwa 400 Farbaufnahmen und Kleinbilddias angefertigt wurden.

Am **12. Jan. 1944** sandte der britische Premier *Churchill* an Marschall *Stalin* per Telegramm ab...*teilen Sie mit bitte rechtzeitig mit, wann wir aufhören sollen, Berlin zu zerstören, damit genügend Unterkünfte für die Sowjetarmee stehen bleiben.* Lt. *Stalins* Briefwechsel (S. 230 ff) antwortete ihm dieser...*unsere Armeen haben in der letzten Zeit wirklich Erfolge erzielt, aber bis Berlin ist es uns noch sehr weit...folglich brauchen Sie die Bombardierung nicht abzuschwächen, sondern sollten sie möglichst mit allen Mitteln verstärken. Die Deutschen werden es schon schaffen, bis zu unserer gemeinsamen Ankunft in Berlin einige Unterkünfte wieder aufzubauen, die für Sie und uns notwendig sind.*

Im **Mai 1944** wurde die Lustgartenseite des Berliner Schlosses bei einem Luftangriff erstmals von Sprengbomben getroffen; in aller Eile wurden jetzt erst eine Fotoserie sowie Kamera-Aufnahmen veranlasst.

Am **20. Juli 1944** erläuterte der NS-Reichspressechef für alle Zeitungsredaktionen im großdeutschen NS-Reich die Meldung zu *Hitlers* Anordnung:

...historisch und künstlerisch wertvolle Bauwerke, die unter dem Bombenterror gelitten haben, dürfen nicht abgetragen werden, sondern sie müssen zunächst in ihrem derzeitigen Zustand belassen werden. Ihre Beseitigung ist erst zulässig, wenn der Führer über die Wiederaufbaupläne der in Frage kommenden Städte entschieden und dabei die endgültige Entfernung der beschädigten Bauwerke genehmigt hat“.

¹⁰ klärende Bemerkungen: Die am **14. August 1919** in Kraft getretene Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 hat bestimmt, dass die öffentlich-rechtlichen Vorrechte der Geburt oder des Standes aufzuheben seien und das Adelsbezeichnungen nicht mehr verliehen werden dürfen. Das fast 1000 jährige geltende Adelsrecht wurde damit im Jahre 1919 in und für Deutschland aufgehoben. Adelsbezeichnungen (d.h. auch für den Adel mit dem Titel: *Ritter, Freiherr/Baron/Edler, Graf, Fürst, Herzog, Prinz* im Genealogischen Handbuch des Adels (GhDA) können daher nur im rein historisch-genealogischen Sinne gemeint sein. Für den jeweiligen Familiennamen einschließlich Reichsbriefadel - blieb rechtlich seit 1919- lediglich das **v o n** erhalten. Auch in der Bundesrepublik Deutschland könnten nur der ehemalige Titel für die privilegierte Linie des ehelichen und legitimen Erstgeborenen im Mannesstamm - geboren vor 1919 - angeführt werden. Die rein historisch-genealogischen Bezeichnungen der im 19./20. Jahrhdt. entthronten deutsch-österreichischen „Fürsten-Häuser“ im „*Gotha*“ (GhDA) sind im geltenden **Namensrecht** **n i c h t** relevant.

¹¹ s. römisch-katholische Linie Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen

¹² d.h. mit den deutschen Ländern: Preußen mit 12 Provinzen - ab 1929 mit Waldeck; Bayern mit Coburg, Württemberg; Sachsen, Baden, Thüringen (s. ehemalige Fürstentümer/Kleinststaaten), Hessen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Lübeck, Waldeck (ab 1929 zu Preußen), Schaumburg-Lippe, Mecklenburg (s. ehemals Ghzg.tum Schwerin und Strelitz) sowie für die Freien und Hansestädte: Hamburg mit Wilhelmshaven, Lübeck und Bremen. Für sie alle galt die demokratische Weimarer Reichsverfassung.

Im **Sept. 1944** soll sich - lt. *Speer* - der „Führer“ dem Prinzip „verbrannter Erde“ verschrieben haben und sich dahingehend geäußert haben, dass selbst von den Werken der Kunst, die die alliierten Fliegerangriffe überstanden hatten, soll nichts erhalten bleiben...Baudenkmäler, Schlösser, Burgen, und Kirchen, Theater und Opernhäuser waren ebenfalls zur Zerstörung vorgesehen.

Am **12. Sept.** und am **14. Nov. 1944** einigten sich die drei Alliierten der USA, UdSSR und Großbritannien im sog. „**Londoner Protokoll**“ bereits bzgl. ihrer jeweiligen territorialen „normalen“ vier Besatzungszonen in Großdeutschland¹³ des Alliierten Kontrollrats als oberste Regierungsgewalt zu behandeln.

Ausgenommen war bis nach dem 2+4 Abkommen 1990 ein gemeinsames alliiertes „Sondergebiet Groß-Berlin“ in den Grenzen der 20 Verwaltungsbezirke von 1920 als **eigene** Besatzungszone unter „Alliiertes Kommandantur“ des „Alliierten Kontrollrats für Deutschland in den Grenzen von 1937“.

In zehn Vorschlägen spielte nur der Zuschnitt des einzelnen Sektors für die vier Alliierten in Groß-Berlin bzgl. verkehrstechnischer Notwendigkeiten und ihrer jeweiligen Versorgungswege (Flughäfen/Eisenbahnverbindungen) sowie für die Unterbringung von je 25.000 Mann eine entscheidende Rolle.

s. **Abb. 207, 208**

Am **03. Febr. 1945** erfolgte der großflächige Tagesangriff von der 8. US-Flotte unter Gen. *Doolittle* mit 937 Bombern Typ Liberator sowie 613 Jägern und mind. 2.264 t Bombenlast als „Probe-Donnerschlag“ (s. Dresden) und zerstörte in **51 Minuten** mit Spreng- und Brandbomben Berlin-Mitte¹⁴ sowie dicht besiedelte Stadtgebiete im Wedding und in Kreuzberg. Als herausragendes Beispiel des alliierten Bombenkrieges gegen zivile Ziele und die Bevölkerung in Groß-Berlin gilt dieser Samstag, ein klarer Wintertag; der Himmel über Berlin war fast wolkenlos; sog. „Amerikanerwetter“ wie es inzwischen hieß.

Als Markierungspunkt setzte die erste US Bomberwelle den Belle - Alliance - Platz (*Mehringplatz*)

Voralarm = 10:27 Uhr

Alarm = 10:40 Uhr

Angriff = 10:50 Uhr

Am **04. Februar 1945** lobte die „Washington Post“ den Abwurf von etwa 3.000 t neuartiger Brandgeschosse auf Berlins Mitte bei „herrlichem Bombenwetter“.

Angriffsziele für das größte Flächenbombardement auf deutsches Reichsgebiet waren Berlins Eisenbahnanlagen, das Zeitungs- und Regierungsviertel sowie die historische Innenstadt zwischen Tiergarten - Anhalter Bahnhof - Mitte - Kreuzberg - Tempelhof. Meterhohe Feuerwände - ein „*Feuersturm*“ mit etwa 1.000° Celcius - und ein tiefschwarzer Rauchhimmel ließ es mittags Nacht werden. Der Bezirk Mitte war in glühende Trümmer und rauchende Schuttberge zerbombt worden und hinterließ innerhalb einer Stunde auf **400** ha total zerstörte Bausubstanz. Fast in der gesamten Mitte Berlins waren die Wasser-, Strom- und Gasversorgung zerstört worden.

Nach 500 Jahren Bestand war u. a. m. in mind. vier Tage und Nächte das Berliner Schloss ausgebrannt; es hatte seine letzten baulichen Veränderung und zur Innenausstattung unter *Wilhelm II.* durch *v. Ihne* und *Geyer* erhalten. Zurück blieb vom markanten Wahrzeichen Berlins eine Gebäudehülle mit barocken Fassadenschmuck, wie z.B. der „Schlüterhof“; dessen Bauplastik am Ziegelputzbau zumeist - wie so oft im sparsamen Brandenburg-Preußen - aus Stuck (s. Simonetti) mit steinernem Kern (Ziegelstein) bestand.

Ausgebrannt waren bei der Bestandsaufnahme im Frühjahr 1945 die Privatgemächer der Hohenzollern an der Spreefront, der Grüne Hut, der Hof-Apothekenflügel, die Staatsräume, die Spiegelgalerie zum Lustgarten mit historischem Balkon, Südseite, Innerer Hof, Haupttreppe, Rittersaal, Pfeilersaal und Erasmus-Kapelle.

Erhalten waren: der Weiße Saal (*Geyer*) mit einziger eiserner Dachkonstruktion stand, nur die Decke war beschädigt und wurde provisorisch gesichert - dadurch verblieben einige Räume des sog. „Schlossmuseums“; der Elisabethsaal, die Eosandertreppe und Treppen aus dem 19. Jahrhundert; der sog. „Staatsaal“ sowie Keller...alles andere war zumeist nur noch Bauschutt und Asche.

Am **03. Mai 1945** gab es das Nachrichtenblatt Nr. 15 für die deutsche Bevölkerung mit der Überschrift:

„**BERLIN GENOMMEN**...am 04. Mai 1945 fand die Siegesparade sowjetischer Truppen vor dem sowjetischen Stadtkommandanten Gen.Oberst *Nikolai Bersarin* auf dem „historischen Pflaster“ des Berliner Lustgartens vor der Kriegeruine Berliner Schloss statt.

¹³ nach Italien, Ungarn und Spanien usw. erkannten am 19. März 1938 die USA unter dem demokratischen Präsidenten *F.D. Roosevelt* die erfolgte Vereinigung¹³ zwischen den Republiken Deutsches Reich und Österreich zu Großdeutschland völkerrechtlich an (s. US-Milliarden \$ Kredite für die Weimarer Republik nach 1923); am 02. April 1938 auch die demokratischen Regierungen in London unter Premier *Chamberlain* für Großbritannien sowie in Paris unter Ministerpräsident *Daladier* für Frankreich den o.g. friedlichen Zusammenschluss der Republiken Deutsches Reich und Österreich zu **Großdeutschland völkerrechtlich** an...**Art. 88** des **Vertrages von Saint Germain** war damit offiziell, d.h. international gültig, hinfällig geworden.

¹⁴ z.B.: Reichstag, Tiergarten, Pariser Platz mit Brandenburger Tor, Bahnhof Friedrichstraße, Alexanderplatz, Unter den Linden, Schloss, Hedwigskirche, Staatsoper, Friedrich-Wilhelms-Universität, Zeughaus, Lustgarten, Altes Museum, Neues Museum, Berliner Dom, Gendarmenmarkt, Französischer Dom, Rathaus, Graues Kloster, Köllnischer Fischmarkt, Spittelmarkt, Leipziger Straße, Leipziger Platz, Potsdamer Bahnhof Wilhelmstraße, Lindenstraße usw.

Am **09. Mai 1945** um 00:01 Uhr trat die bedingungslose Gesamtkapitulation der großdeutschen Streitkräfte für Heer, Luftwaffe und Marine¹⁵ nach den Unterzeichnungen am 07./08. Mai 1945 in Reims bzw. in Berlin-Karlsdorf in Kraft. Die oberste Regierungsgewalt über „Großdeutschland“ war an die jeweils demokratisch gewählten Regierungen der USA unter Präsident *Truman* und Großbritanniens unter Premier *Churchill* sowie der UdSSR unter Marschall *Stalin* übergegangen

Am **13. Mai 1945** wurde durch die sowjetische Besatzungsmacht unter ihrem Stadtkommandant Gen.Oberst *Bersarin* der Magistrat von Groß-Berlin unter dem Oberbürgermeister *Dr. Arthur Werner* (parteilos) mit vier Stellvertretern und 15 Stadträten eingesetzt. Allein 11 Mitglieder, d.h. die einfache Mehrheit, gehörten zur KPD/SPD bzw. nach dem „Einigungsparteitag“ unter *Wilhelm Pieck* (KPD) und *Otto Grotewohl* (SPD) zur SED. Das Verhältnis änderte sich erst nach der ersten und letzten freien Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und Bildung eines Magistrats am 05. Dez. 1946 bzw. unter den SPD Oberbürgermeistern *Dr. Otto Ostrowski/Dr. Ernst Reuter/Luise Schröder* nach dem 08. Jan. 1947.

Am **25. Mai 1945** flog *Harry Hopkins*, Vertrauter von US-Präsident *Truman* über das zerstörte Groß-Berlin und notierte zum Eindruck in sein Tagebuch: *das ist ein zweites Karthago*.

Die Rote Armee fand auf 880 km² Stadtfläche etwa 29 km² nur noch als Trümmerwüste vor; auftragsgemäß¹⁶ zerstört von der Luftwaffe der beiden Westalliierten in mind. 363 Luftangriffen mit etwa 45.517 t Bombenlast.

Am **11. Juni 1945** befasste sich der unter Stadtkommandant *Bersarin* bzw. der Sowjetische Militäradministration Deutschland/SMAD eingesetzte Magistrat¹⁷ für Groß-Berlin und dessen Abtlg. Bau sowie Volksbildung erstmals mit der dringlichen Aufgabe, unersetzliche Kunst sowie Kunstwerke - die teilweise noch unter Trümmerschutt lagen, z.B.: auch unter der Eosanderkapelle im Berliner Schloss - sichern zu lassen. Vorschläge des Stadtrats für Bau und Wohnungswesen, Prof. *Hans Scharoun*, wurden insbesondere vom Stadtrat für Verwaltung und Personal, *Arthur Pieck*, abgelehnt.

s. **Abb. 199**

Am **18. Juni 1945** nahm die „Hochschule der Künste“ unter *Karl Hofer* die Arbeit in Berlin wieder auf ...und der „Kulturbund“ unter Führung des Exilanten *Johannes R. Becher* unterstand ebenfalls SMAD.

Am **03. Juli 1945** gründete sich im noch gänzlich sowjetisch besetzten „Groß-Berlin“ und für die SBZ der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“.

Anfang **Juli 1945** vollzog sich unter dem „**Alliierten Kontrollrat**“ für Deutschland in den Grenzen von 1937 der **Vertragsvollzug** der drei alliierten Siegermächte.

Westalliierten Truppen räumten 41.000 km² in Mitteldeutschland gegen 480 km² in den drei Westsektoren Berlins, d.h. 12 Verwaltungsbezirke mit etwa 1,8 Mi. Einwohnern. Nur **einstimmig**, konnten die vier alliierten Siegermächte z.B. den vertraglich geregelten Status ihres Sondergebiets Groß-Berlin verändern.

s. **Abb. 202, 206**

Am **11. Juli 1945** fand die erste von **93** Sitzungen mit **1.168 Befehlen** bis zum 16. Juni 1948 der Siegermächte als „**Komendatura**“ im amerikanischen Sektor Berlins statt. Beschlüsse bzw. Befehle konnten - wie im übergeordneten „**Alliierten Kontrollrat**“ - nur einstimmig beschlossen werden, **j e d e** Militärmacht hatte ein Vetorecht. Jede Besatzungsmacht beaufsichtigt ihren Sektor unmittelbar; für **überbezirkliche gesamtberliner Belange**¹⁸ zeichnete die „Komendatura“ der Viermächte mit Sitz in Berlin-Schöneberg verantwortliche Befehle.

¹⁵ einsatzfähig waren 1945 lediglich der schwere Kreuzer „Prinz Eugen“ u. der leichte Kreuzer „Nürnberg“; die bd. Schlachtschiffe „Scharnhorst“ und „Tirpitz“ waren durch „Ultra“ aufgespürt und längst versenkt worden.

¹⁶ alle Bombardierungen gegen Ortschaften und Städte und ihre überwiegend zivile Bevölkerung geschahen in Abstimmung zwischen *Churchill* und *Roosevelt* mit *Stalin*. Von der *Royal Air Force* wurden auftragsgemäß Luftangriffe fotografiert bzw. gefilmt. Daraus wurden wöchentlich für *Churchill*, *Harris*, den Buckingham Palast und für Marschall *Stalin* sog. *Blaue Alben* zum Anschauen der Ergebnisse zu den Zerstörungen zusammengestellt. Einige der ausgewählten 161 Großstädte wurden bekanntlich mehrfach bombardiert, z.B.: im Fächer von Flächenbombardements mit Spreng-, Brand- und Splitterbomben...allerdings keines der mind. *sechs* bekannten Kommandozentralen, der sog. Führer-Hauptquartiere.

¹⁷ s. Landesarchiv Berlin, Eichborndamm (Zeitgeschichte 1945 bis 1951);

Oberbürgermeister: Dr. Arthur Werner (parteilos.; am 12. Mai 1945 von Walter Ulbricht „gebeten“, ab 17. Mai 1945 Einsetzung als OB des Magistrats von „Groß-Berlin“ – unter Stadtkommandant Bersarin, d.h. von SMAD; s. dessen Nachfolger: Kotikow und Gorbatow)

Stellvertreter: Maron (KPD/SED), Dr. Hermes (Ernährung; ehemals Zentrum/CDU), Orlopp (SPD/SED), Schwenk (zugleich Stadtrat für Planung; Recht (Justiz), KPD/SED) und Schulze (zugleich Stadtrat für Kunstangelegenheiten, KPD/SED)

Stadträte: Arthur Pieck (Personal und Verwaltung, KPD/SED „Genosse Politruk“, Sohn v. Wilhelm Pieck).

); Dr. Landwehr (Wirtschaft, parteilos), Jendritzki (Arbeit; KPD/SED), Prof. Sauerbruch (Gesundheitswesen, parteilos), Prof. Scharoun (Bau- und Wohnungswesen; parteilos), Noortwyck (Finanzen und Steuern, KPD), Geschke (Sozialwesen, KPD/SED), Winzer (Volksbildung, KPD/SED), Jirak (Städtische Betriebe, KPD), Kraft (Verkehr, parteilos)

¹⁸ s. Reichsbesitz wie alle Schlösser, Staatsbibliothek, Staatsarchiv und Staatstheater?

Der erste Befehl besagte, dass alle bisherigen sowjetischen Regeln und Befehle der SMAD weiterhin im alliierten Sondergebiet von Groß-Berlin und unter gemeinsamer alliierter Besatzung Gültigkeit haben. Ausführende deutsche Verwaltungsbehörde, d.h. als ihr Befehlsempfänger, war der von SMAD eingesetzte Magistrat unter *Dr. Werner*. Zum alliierten System im „Sondergebiet Groß-Berlin“ gehörten sog. Verbindungsoffiziere - *Liaison Officers* - d.h. Diplomaten, vom jeweiligen Stadtkommandanten zum direkten Kontakt zwischen der „Komendatura“ berufen; eingesetzt waren sie bei sämtlichen Bezirksverwaltungen, beim Magistrat und bei der Stadtverordnetenversammlung von „Groß-Berlin“ bis zur politischen Teilung 1948. Frankreich wurde durch das Zusatzabkommen vom 26. Juli 1945 in aller Form einbezogen.

Ab **Aug. 1945** - nach der Potsdamer Deklaration“ - residierten „Alliierter Kontrollrat“ und „Komendatura“ mit vier Siegermächten im ehemaligen Kammergericht am Schöneberger „Kleistpark“; hier fand auch die Akkreditierung diplomatischer Vertreter anderer Länder als „Militärmission“ statt.

Am **23. Juli 1945** erfolgten im eingesetzten Magistrat unter OB *Dr. Werner* erneut ergebnislose Debatten zwischen dem Stadtrat Prof. *Scharoun* mit dem Stadtrat *Pieck* (*...im Schloss zu viel Kunstkitsch*) über: Wiederaufbau der staatlichen Schlösser in Berlin und insbesondere zur Sicherstellung kunsthistorisch unersetzlichen Dinge und unersetzliche Kulturdenkmäler. Nach Prof. *Scharouns* Berechnungen würden einmalig 71.200 RM benötigt, um künstlerisch wertvolle Teile im Berliner sowie Charlottenburger Schloss, Haus Kamecke (Schlüter) und im Grunewaldschloss zu bewahren. Die sog. Schlüter-Skulpturen an der Schlossfassade, die teilweise schon heruntergefallen waren, seien für 3.500 RM zu sichern sowie zur Sorge, dass Schlüters Stuckarbeiten den kommenden Winter unter Schutt nicht überstehen würden. In der Begründung zur erfolgten Ablehnung seiner Anträge hieß es entgegen dem Einigungsvertrag von 1926:

Die Schlösser gehören dem Preußischen Staat - der Magistrat von Groß-Berlin übernehme nur die Treuhänderschaft i. A. der „Alliierten Kommandantur.

Der Torso des Schlosses in Berlin-Mitte ging in die **Treuhänderschaft** des von SMAD eingesetzten Magistrats von Groß-Berlin über...s. Einverständnis der „Komendatura“ bzw. des „Alliierten Kontrollrats“.

Der Flügel der sog. Schlossfreiheit am Mühlengraben wurde soweit gesichert, dass die darin erhaltenen Sammlungen des Kunstgewerbemuseums geschützt blieben - und der „Weiße Saal“ erhielt eine Notdecke.

Am **20. Aug. 1945** lehnte der von SMAD eingesetzte Magistrat einen weiteren Antrag des Stadtrats Prof. *Scharoun* zur Sicherung kunsthistorisch wertvoller Baudenkmäler im alliierten „Sondergebiet Groß-Berlin“ ab.

Am **23. Aug. 1945** wurde zur Vermögenskontrolle im Auftrag der MR (amerikanische Militärregierung) **Nr. 52, Artikel I¹⁹** - undatiert und nach „Kriegsende 1945“ vom „Alliierten Kontrollrat für Deutschland in den Grenzen von 1937“ proklamiert; es galt automatisch auch in den vier alliierten Sektoren von Groß-Berlin:

Vermögen, innerhalb des besetzten Gebietes, das unmittelbar oder mittelbar, ganz oder teilweise im Eigentum oder unter Kontrolle der folgenden Personen steht, wird hiermit hinsichtlich Besitz oder Eigentumsrecht der Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung, Aufsicht oder sonstigen Kontrollen durch die Militärregierung unterworfen: das Deutsche Reich oder eines der Länder, Gaue oder Provinzen usw.

s. Abb. 202

Am **01. Okt. 1945** stimmte der eingesetzte Magistrat nun doch der Unterbringung bisher geborgener Kunstgegenstände im Berliner Schloss zu.

„Architekturteile“, darunter Schlüters Masken vom Zeughaus sowie Trümmer Berliner Denkmäler wurden im Keller des Berliner Schlosses eingelagert.

Decken im Schlossgebäude sollten vom Brand- und Trümmerschutt entlastet sowie kunsthistorisch wertvolle Einzelteile an den Fassaden durch sog. „Pultdächer“ vor Witterungseinflüssen geschützt werden.

Die Abtl. Volksbildung (s. Otto Winzer) und Abtlg. Bau- und Wohnungswesen (s. Hans Scharoun) des eingesetzten Magistrats von „Groß-Berlin“ bezogen Büro-Räume der ehemals Staatlichen Schlösser und Gärten Verwaltung. Restbestände aus dem ehemaligen Kunstgewerbemuseums (Gropiusbau) zogen ebenfalls im Schloss ein.

Einer Baufirma mit 1.000 Mitarbeiter, beschäftigt mit Enttrümmerung in Berlin-Mitte, wurden als Büroräume auch der sog. „Staatsaal“ im Südflügel des Erdgeschosses vom FA für Liegenschaften vermietet.

Außerdem wurde im o.g. Magistrat von Groß-Berlin beschlossen: Kunstgegenstände im Wert von Millionen RM in Görings „**Karinhall**“ (SBZ) in nächster Zeit zu bergen; auch „sichergestellte Werte“ aus der Sowjetunion.

Am **22. Dez. 1945** erging mit Befehl Nr. 178²⁰ unter Gen. *Sokolowski*, Gen.Ltn. *Bolkow* und Geb.Ltn. *Dratwin* an den Magistrat unter *Dr. Werner*, der sowjetischen **Kriegsbeute-Abtlg.** im alliierten Sondergebiet von Groß-Berlin unter Oberst *Offizierow* als Transferleistung 60.000 Mann zur Verfügung zustellen.

¹⁹ Änderungen und Ausführungsbestimmungen erfolgten noch 1946. In der SBZ als Befehl Nr. 124 und 126 unter SMAD

²⁰ s. Komitee für Arbeit und Arbeitseinsatz der „Komendatura“ (s. Oberstltm. Raw am 12.1.1946)

Am **31. März 1946** lehnten SPD-Mitglieder in den drei Westsektoren in einer Urabstimmung die Vereinigung von SPD mit KPD zur SED ab.

s. **Abb. 199**

Am **21. April 1946** vereinigten sich in der sowjetischen Besatzungszone Mitteldeutschlands KPD und SPD unter Wilhelm Pieck (KPD) und Otto Grotewohl (SPD) beide Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands/SED in der SBZ.

Mitglied des Parteivorstands und im Zentralkomitees der SED wurde auch *Friedrich Ebert jun.* (*1894 in Bremen)

Am **29. Mai 1946** wurde einerseits im eingesetzten Magistrat unter Top 5) Bau und Wohnungswesen zwischen *Scharoun, Strack, Winzer* und *Maron* über den Ausbau des „Weißen Saals“ im Berliner Schloss berichtet: bisher aufgewendet: 35.000 RM, verbraucht: 4 t Zement, 30 m³ Holz und 150 m² Fensterglas und man benötige noch Mittel im Wert 20.000 RM zur Fertigstellung der verabredeten Sicherungsmaßnahmen im Schloss...

andererseits wurden von der „Komendatura“ angeordnete **Genehmigungsverfahren** für Bauarbeiten behandelt:

a) **Bauarbeiten** zwischen 10.000 und 75.000 RM müssen in den Stadtbezirken von der jeweils zuständigen

Sektoren-Militärregierung genehmigt sein.

b) **Kostenvoranschläge** über 75.000 RM bedürfen der alliierten Genehmigung.

c) **Neubauten über 200.000 RM u n d Instandsetzungsarbeiten²¹ im Wert von über 500.000 RM sind verboten** (s. z.B. beide Schlösser - und z.B. auch das Neue Museum auf der Museumsinsel etc.).

Am **31. Mai 1946** erkannte die „Komendatura“ unter dem „Alliierten Kontrollrat für Deutschland in den Grenzen von 1937“ die Parteien SPD und SED in den vier Sektoren des „Sondergebiets Groß-Berlin“ an.

Am **10. Juli 1946** erging in der „Komendatura“ das **Gesetz zur Trümmerbeseitigung**. Befehlsempfänger war der von SMAD eingesetzte Magistrat im „Sondergebiet Groß-Berlin“ unter OB *Dr. Werner*.

Am **17. Aug. 1946** wurde der 72-jährige Geheimrat Prof. *Dr. Ludwig Justi* vom eingesetzten Magistrat, d.h. von der „Komendatura“ als Nachfolger von Prof. *Carl Weickert* bestätigt und zum Generaldirektor der Berliner Museen bestellt. Beschlossen wurde die Gründung einer „Galerie des 20. Jahrhunderts“, die anfangs von *Adolf Jannasch* und Prof. *Dr. Ludwig Justi* geleitet wurde und ihren Sitz im stark beschädigten Schloss in Berlin-Mitte bzw. im sowjetischen Sektor hatte. Man erwarb z.B. bis 1948/51 etwa 50 Gemälde (z.B. Pechstein, Nolde, Dix, Jawlensky, Kanold, Schlemmer, Vlaminck und Nagel) sowie 20 Plastiken und 100 Zeichnungen.

Vom **22. Aug. bis 15. Okt. 1946** stellte der eingesetzte Magistrat von Groß-Berlin unter *Dr. Werner* und unter Ltg. des Stadtbaurats Prof. *Scharoun* den „Kollektiv-Aufbauplan“ von Architekten und Stadtplanern wie: *Wils Ebert, Peter Friedrich, Ludmilla Hertzstein, Reinhold Lingner, Louise Seitz, Selman Selmanagic, Herbert Weinberger* „Berlin plant“ im notdürftig reparierten Weißen Saal vor.

Insbesondere dieser erste Baustadtrat kämpfte für Berlins Mitte, d.h. für die Instandsetzung und den Erhalt des Berliner Schlosses sowie den Wiederaufbau der Schlossruine im sowjetischen Sektor Berlins.

Zum **20. Oktober 1946** war die erste freie Wahl nach 1933 von den vier Alliierten für das „Sondergebiet Groß-Berlin“ genehmigt worden: Liste 1 (SPD), Liste 2 (SED), Liste 3 (CDU) und Liste 4 (LDP).

Wahlberechtigt²² waren 2 307 122 Berliner Bürger.

Die Wahlbeteiligung betrug 92,3 %.

Es votierten: 48,7 % für die SPD (= 63 Stadtverordnete), 22,2 % für die CDU (= 29 Stadtverordnete); 19,8 % für die SED (26 Stadtverordnete); 9,3 % für die LPD (= 19 Stadtverordnete).

...ein Desaster für SMAD bzw. den sowjetischen Stadtkommandanten *Kotikow*, der OB *Dr. Werner* anwies, die Geschäftsverteilung im neuen Magistrat habe wie bisher zu erfolgen, d.h. 11 Ressorts für kommunistische Abgeordnete.

Auf Grund dieser ersten und zugleich letzten freien Wahlen bis zur der „Wende“ 1990 führte das sowjetische Verlangen zusätzlich zum Konflikt mit der SPD unter dem Stadtverordneten *Otto Suhr*.

OB *Dr. Werner* weigerte sich, die Amtsgeschäfte an den gewählten *Dr. Ostrowski* (SPD, bisher Bürgermeister von Wilmersdorf) und dessen drei Stellvertreter: *Dr. Friedensburg* (CDU), *Dr. Heinrich Acker* (SED) und *Luise Schröder* (SPD) zum Amtsantritt²³ im Neuen Stadthaus zu übergeben.

²¹ zu den Kriegsschäden, die im Krieg mit „Führer-Befehl“ nicht beseitigt werden durften, kam unter den siegreichen Alliierten neben dem Verbot der Instandsetzung über Jahre typische Witterungsschäden hinzu

²² wahlberechtigt waren Männer und Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit über 21 Jahre - auch ehemals Mitglieder der *WaffenSS*, die nach dem 01. Jan. 1943 eingezogen wurden - mit Berliner Wohnsitz ab 20. Juli 1946.

Ausgeschlossen: ehemals Berufsoffiziere der Wehrmacht sowie ehemals Mitglieder in Gestapo, NSDAP, SA, SD, SS; NSF, NSKK, NSFK, NSDStB, NSDoB; und bei ehemals Mitgliedschaft in HJ und BDM v o r dem 01. April 1933

²³ in der 2. Reihe saßen im Magistrat von Groß-Berlin im „Neuen Stadthaus“ am Molkenmarkt die jeweils vier Verbindungsoffiziere und Dolmetschern der „Alliierten Kommandantur“. Stadtrat für Verkehr/Städtische Betriebe war der Emigrant Ernst Reuter (SPD/USPD/KPD)

Die offizielle und amtliche Bestätigung für die frei gewählten Stadtverordneten und ihre Funktionen im Magistrat von „Groß-Berlin“ erfolgte bis zur Amtsübernahme am 08. Jan. 1947 erstmals durch der „Komendatura“ und die SED erhielt im Magistrat drei Ämter²⁴.

Von 1946-1948 fanden unter dem 72jährigen Geheimrat Prof. *Ludwig Justi* im „Weißen Saal“ des hergerichteten Nordwestflügels Ausstellungen für die Berliner Bevölkerung statt:

Am 22. Okt. 1946 eröffnete im „Weißen Saal“ des weitgehend durch Brand zerstörten Schlosses a. d. Spree²⁵ die erste „Große Kunstausstellung“ bzw. „Französische Kunst vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart“ durch eine Notdecke war der ruinöse Saal gesichert worden.

Am 21. Dez. 1946 hieß es in der Schlossruine „Wiedersehen mit Museumsgut“ mit den in Groß-Berlin verbliebenen Restbeständen der ehemaligen Kunstsammlungen von der Museumsinsel; allerdings wurde bzgl. der Auswahl befürchtet, auch das, was in überschwemmten Museenkeller nicht verschimmelt war, noch einem erneuten Zugriff der Alliierten auszusetzen.

Im Okt. 1947 fand eine Sonder-Ausstellung „Meisterwerke deutscher Bildhauer und Maler“ im Zeughaus - und 1948 die Ausstellung zum 100. Jahrestag der „März-Revolution“ von 1848 im Berliner Schloss statt.

Am 25. Febr. 1947 legte die Präambel des alliierten Kontrollratsgesetzes Nr. 46²⁶ im Art. 1 fest: **Der Staat Preußen²⁷, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. Preußen sei seit jeher Träger des Militarismus²⁸ und der Reaktion in Deutschland...** usw. ...d.h. das „Sondergebiet Groß-Berlin“ der vier Alliierten war nicht mehr Hauptstadt für ehemals 12 preußische Provinzen mit etwa 40 Millionen „preußischer“ Einwohner.

Am 25. Juli 1947 wurde das Berliner Schloss hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Verwaltung durch SMAD-Befehl vom 25. April 1947 aus dem Amtsbereich des „FA für Liegenschaften“ im Magistrat von Groß-Berlin herausgenommen und der „Deutschen Treuhandstelle zur Verwaltung des sequestrierten und beschlagnahmten Vermögens im sowjetischen Sektor Berlins“, Berlin W 8, Französische Straße 15 unterstellt worden.

Im Magistrat unter der amtierenden Oberbürgermeisterin *Luise Schröder* (bis zum 07.12.1948 für Dr. Ernst Reuter) unterstanden Stadtrat *Dr. Haas* (CDU) Finanzen/Kämmerei sowie Recht²⁹; Stadtrat *Theuner* (SPD) Personal und Verwaltung; Stadtrat *Bonatz* (SPD) Bau- und Wohnungswesen; Stadtrat *Dr. Nestriep* (SPD) bzw. *Dr. May* (SPD) Volksbildung und Kunst; Stadtrat *Klingelhöfer* (SPD) Wirtschaft, Handel und Handwerk.

Zum Okt. 1947 übertrug die „Deutsche Treuhandstelle“ die **Verwaltung** des Schlosses in Berlin dem Magistrat von „Groß-Berlin“, Abtlg. Volksbildung.

Die **treuhänderische** Verwaltung betraf insbesondere: das Schloss in Berlin (sowjetischer Sektor) sowie auch das Schloss in Charlottenburg (britischer Sektor).

Die Verwaltung vom Jagdschloss Grunewald (amerikan. Sektor) und der Pfaueninsel - lt. amerikanischer Anordnung vom 8. Jan. 1946 durch das FA für Liegenschaften - wurde ebenfalls dem Magistrat/Abtlg. für Volksbildung im „Schloss“ übertragen.

Am 29. Okt. 1947 berichtete der Magistrat unter der amtierenden Oberbürgermeisterin *Luise Schröder* des alliierten Sondergebiets von Groß-Berlin über die Verwendung und Ausnutzung staatlicher Schlösser:

und wieder SPD); Dr. Ostrowski wurde 1947 von den Westalliierten und im Magistrats von seinen SPD-Genossen das Misstrauen ausgesprochen, er wurde als „trojanisches Pferd“ der SED angegriffen und musste seinen Rücktritt erklären; Nachfolgerin bis 7.12.1948: Luise Schröder (Ernst Reuter)

²⁴ s. Dr. Acker, Erich Lübke, Waldemar Schmidt

²⁵ am 13. Dez. 1945 titelte die Berliner Zeitung „Denkmalstrümmen werden gesammelt - es ist noch Leben im Berliner Schloß“

²⁶ dieses o.g. alliierte Gesetz - Auflösung des Landes Preußen mit seinen 12 Provinzen und ehemals 40 Mio. Einwohnern innerhalb der Republik Deutschen Reich - führte bzgl. des Verbleib von Kunst/Kulturgütern zwischen den westlichen, d.h. ehemals 12 preußischen Provinzen und der 1957 mit Sitz in Berlin (West) gegründeten *bundesunmittelbaren* Stiftung Preußischer Kulturbesitz/SPK bis weit in die siebziger Jahre zu Prozessen zwischen den von den Alliierten neu ggr. Bundesländern in ihren Besatzungszonen bis vor das Bundesverfassungsgericht.

²⁷den Staat Preußen bildeten bekanntlich die Provinzen: Hessen-Nassau; Westfalen; i. d. Preußischen Rheinprovinz die Reichsstädte Köln, Düsseldorf, Aachen; Hannover; Schleswig-Holstein; Enklave Hohenzollern mit Tübingen; Mark Brandenburg (Kurmark, Mittelmark, Altmark, Neumark und Groß-Berlin); Sachsen-Anhalt; Pommern mit Vor- und Hinterpommern; Ostpreußen; Schlesien mit Ober- und Niederlausitz...Hauptstadt war Berlin

²⁸im 18./19. Jahrhundert wurden 280 Kriege geführt: 28 % mit französischer, 26 % mit britischer, 23 % mit russischer und lediglich 8 % mit preußischer Beteiligung (s. Fst. v. Bismarck/König Wilhelm I.) wie sog. nord-/süddeutsche Einigungskriege: 1864 sog. Norddeutscher Bund mit Österreich-Ungarn gegen Dänemark um die Provinz Schleswig; 1866 Deutscher Bund gegen Österreich-Ungarn - und 1870/71 Deutsch-Französischer Krieg gegen Frankreich (angeblich um spanische Erbfolge); danach folgten 43 Jahre zwar Militärbündnisse und bis zum Sommer 1914 keine deutsche Kriegsbeteiligung oder Kriege.

²⁹ Dr. Haas nachfolgend für die CDU: Dr. Schaefer, Dr. Kielinger

Schloss *Monbijou*: zerstört; Schloss *Bellevue* erheblich beschädigt; *Berliner Schloss* am Lustgarten: Innen fast völlig zerstört, Außenbau erheblich beschädigt; Schloss *Charlottenburg*: Inneres des Mittelbaus völlig zerstört, neue Flügel größtenteils ausgebrannt, Kuppel zerstört.

Beschädigt waren: *Gliencke, Grunewald, Köpenick, Friedrichsfelde, Pfauensinsel, Tegel*.

Am 18. Dez. 1947 bzw. **13. Jan. 1948** erhielt der Magistrat von Groß-Berlin auf seinen Antrag vom 10.10.1947 von der „Komendatura“ zu deren Sitzung am 11.12.1947 bzgl. **Verfügung über Preußisches Staatseigentum** die offizielle Mitteilung bzw. den amtlichen Bescheid vom „**Vermögenskontroll-Komitee**“ des „Alliierten Kontrollrats für Deutschland“ - **mit dem Hinweis auf Kontrollratsgesetz Nr. 46** - zum ehemals Reichsbesitz: **...zur Überführung derartiger Vermögenswerte kann von der gen. Stelle nichts unternommen werden.** (s. treuhänderischer Verwaltung im Magistrat/Abtlg. Volksbildung; Amtsblatt KR.1947, Nr. 14, S. 262 ff).
s. **Abb. 202**

...noch im Frühjahr 1948 hatte der Magistrat von Groß-Berlin unter der amtierenden OB *Luise Schröder* mit dem Magistratsdirektor *Strack* (SED) den Plan, das Berliner Schloss (lt. ostberliner Presse „Junkerbau“) wieder auszubauen.

Am **20. März 1948** verließ der von Marschall *Stalin* seit dem 10. April 1946 eingesetzte Vertreter der UdSSR (*Sokolowski*) mit seinem Stab die Sitzung weisungsgemäß den „Alliierten Kontrollrat für Deutschland in den Grenzen von 1937“ mit Koordinierungsausschuss und 12 Direktoren in Berlin-Schöneberg nach **82** Sitzungen, nachdem er erklärte, dass die UdSSR die in Jalta beschlossene oberste Körperschaft der Besatzungsmächte als nicht mehr existent betrachte. Für den Alliierten Kontrollrat gab es in der „alliierten Hauptstadt Berlin“ - anders als im ebenfalls besetzten Österreich und für Wien - kein deutsches Exekutiv-Organ im gemeinsamen Besatzungsgebiet ihres 1938 völkerrechtlich anerkannten „Großdeutschlands“.

Ab dem **29. März 1948** wurde Gen.Oberst *Wassili Tschuikow* (1900-1982) dessen Nachfolger als oberster SMAD-Chef und bis 1953 zugleich als Stellvertreter Marschall *Shukows* Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (s. Blockade).

Am **16. Juni 1948** verließ dieser Vertreter der UdSSR auch die „Komendatura“ für das „Sondergebiet Groß-Berlin“.

Am **01. Juli 1948** endete nach dem Ausscheiden des sowjetischen Alliierten aus beiden Gremien im Kontrollratsgebäude in Berlin-Schöneberg deren bisher „gemeinsame“ administrative Arbeit für das besetzte „Deutschland“ in den Grenzen von 1937.

Sowjetische Militärs verblieben aber in der weiterhin gemeinsam geführten „**Alliierte Luftsicherheitszentrale**“ mit 40 von 550 Räumen im Kontrollratsgebäude in Berlin-Schöneberg sowie bis um 1994 und Abzug aller alliierten Besatzungstruppen in der BRD und DDR präsent.

s. **Abb. 202**

Die politische Spaltung begann insbesondere nach ersten inszenierten Tumulten am 06. Sept. 1948 im „Neuen Stadthaus“ während der sowjetischen Blockade am **30. Nov. 1948** in der deutschen Verwaltungsbehörde Magistrat von Groß-Berlin; noch immer zuständig für die vier alliierten Sektoren

Am **31. Nov. 1948** wurde im sowjetischen Sektor Berlins eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung konstituiert und als „*provisorischer demokratischer Magistrat*“ proklamiert sowie als OB *Friedrich. Ebert jun.* (1894-1979, SPD/SED für Land Brandenburg) eingesetzt.

Bis 1953 blieb dieser erneut eingesetzte Magistrat ohne eine gewählte Stadtverordnetenversammlung. Unter dem „*Kontrollorgan*“ des Präsidiums des „Demokratischen Blocks“³⁰ - wurde im „Magistrat“ des sowjetischen Sektors nicht nur über die museale Nutzung der barocken Schlossruine in Mitte - *des erhabenen Monuments* - oder die Frage diskutiert, welche Bauteile erhalten bleiben sollten *Schlüter* ? oder *Eosander*? sondern auch, das Gebäude als **Regierungssitz** zu nutzen.

Am **01. Dez. 1948** beschlossen die gewählten westBerliner Stadtverordneten (ohne SED Stadtverordnete) die Verlegung von Dienststellen in die drei Westsektoren.

Über zehn Monate sowjetische Blockadepolitik und eine Luftbrücke für die drei Sektoren der Westalliierten im Sondergebiet „Groß-Berlin“ manifestierten nach der Wahl³¹ am 05. Dez. 1948 die Trennung im Magistrat:

a) im sowjetischer Sektor als eingesetzter „Oberbürgermeister von Groß-Berlin“ unter *Friedrich Ebert jun.*

ab dem 31. Nov. 1948 - unter dem sowjetischen Stadtkommandanten (bis 1963)

³⁰ Vorsitzende der Berliner SED und der sog. Blockparteien sowie diverser „Massenorganisationen“

³¹ Wahlbeteiligung in den drei Westsektoren 86,3 %; SPD = 64,5 %, CDU 19,4 %, LDP 16,1 %

b) für die drei westalliierte Sektoren als gewählte Oberbürgermeister: *Luise Schroeder, Dr. Friedensburg, Dr. Ernst Reuter*³² ab dem 05. Dez. 1948 - unter jeweils drei westalliierten Stadtkommandanten
Im Rathaus hatten dann auch drei westalliierte Verbindungsoffiziere - Liaison Officers - ihre Büros.
s. **Abb. 199, 200**

Ab dem **21. Dez. 1948** setzten die drei Westalliierten ihre Tätigkeit in der „Komendatura“ ohne die gesandten sowjetischen Vertreter fort; ihre Befehle/Entscheidungen galten nur in den drei Westsektoren des alliierten Sondergebiets Groß-Berlin.

Am **10. Mai 1949** wurde das Besatzungsstatut mit Beschränkung der Souveränität³³ verkündet; es regelte das Verhältnis zwischen den „Hohen Kommissaren“ (McCloy, Francois-Poncet, Sir Robertson) der alliierten „Hohe Kommission“ und den o.g. eingesetzten deutschen Verwaltungsfachleuten bzw. ernannten deutschen Bundesorganen.

Zum **12. Mai 1949** erklärte sich UdSSR unter *Stalin/Molotow* am 04. Mai bereit - nach vergeblichen Verhandlungen in Moskau dann doch New York vor der UNO - mit dem „New Yorker 4 Mächte Abkommen“ die Blockade für die Bevölkerung in den drei Westsektoren Berlins abzurechen
s **Abb. 199**

Ab dem **14. Mai 1949** galt das „Kleine Besatzungsstatut“ in Groß-Berlin, d.h., nach vier Jahren sei die alliierte Direktverwaltung entfallen.

Am **15. Juli 1949** sei im „Magistrat“ vom eingesetzten OB *Ebert jun.* ein „Generalaufbauplan“ im sowjetischen Sektor Groß-Berlins verkündet worden; der genaue Wortlaut wurde nie veröffentlicht.
(s. N.D. vom 17. Juli 1949 unter „Meilenstein“).

Am **23. Aug. 1949** bekannten sich führende Kunsthistoriker und Architekten wie z.B. Prof. *Dr. Scharoun*, Präsident der Akademie der Künste, Prof. *Friedrich*, Rektor der Humboldt-Universität, Prof. *Hamann*, Prof. *Justi*, Prof. *Schuber* und Prof. *Stroux* g e g e n den Partei/Politbürobeschluss der SED zum „Rückbau“ der Schlossruine. Auch das Berliner Schloss war als **R e i c h s b e s i t z** von den vier Alliierten in **Treuhänderschaft** des Magistrats von Groß-Berlin übergeben worden.

Im Gespräch mit dem Planungskollektiv (Planungskammer) des Magistrat im sowjetischen Sektor Groß-Berlins waren die Herren: *Starck, Ebert jun., Selmanagic, Friedrich, Lingner, Hirche* und *es herrschte allgemeines Einverständnis, den Schlüterhof in seiner jetzigen Form zu erhalten und in anderen Zeiten wieder auszubauen, dagegen den vorderen Teil des Schlosses als baufällig abzutragen...* der vordere Teil wären das Eosanderportal mit Marmortreppe, der Weiße Saal und die Räume des Schloßmuseums.

Es ging zudem auch um den geplanten Abriss vom barocken Zeughaus und des Universitätsgebäudes zu Berlin.

Am **30. Sept. 1949** seien **s ä m t l i c h e** Reichs- und Staatsgrundgrundstücke im sowjetischen Sektor von Groß-Berlins unter dem sowjetischen Stadtkommandanten *Gorbatow* bzw. von SMAD³⁴ in das Hauptgrundstücksamt im ostBerliner Magistrat unter OB *Ebert jun.* übergeleitet worden.

Mit dem **07. Okt. 1949** wurde die SBZ/sowjetische Besatzungszone unter *Walter Ulbricht/Wilhelm Pieck/Otto Grotewohl* zur DDR sowie der sowjetische Sektor in Groß-Berlin zur **Hauptstadt Deutschlands** erklärt.
Ohne freie Wahlen trat eine von *Stalin* initiierte bzw. **n o c h** gesamtdeutsch orientierte vorgegebene „Verfassung“ in Kraft.

Ein „*Deutscher Volksrat*“ wurde zur „*provisorischen Volkskammer*“ der DDR im sowjetischen Sektor des alliierten „Sondergebiets Groß-Berlins“ eingesetzt.

Der sowjetische Stadtkommandant *Gorbatow* übertrug Verwaltungsfunktionen an den im sowjetischen Sektor eingesetzten Magistrat unter OB *Ebert jun.*, der als sog. „**Stadtoberhaupt für Groß-Berlin**“ dieses Amt bis 1967 inne hatte.

Am **10. Okt. 1949** wurde SMAD unter Gen. *Tschuikow* durch eine „**Sowjetische Kontrollkommission**“ ersetzt.

Im **Okt. 1949** endeten Dreharbeiten zum sowjetischen „Dokumentar“-Film „Das Ende von Berlin“ im Berliner Schloss beendet. Über 200 Fenster des Schloßmuseums zersprangen im Feuer der Geschütze vor der

³² Titel „Regierender Bürgermeister“ ab 18. Jan. 1951 seit Inkrafttreten einer Landesverfassung für den Westteil der Stadt „Groß-Berlin“

³³ Überwachung von: kriegswichtige Produktion, Reparationen, Außenpolitik, Außenhandel, Devisenwirtschaft u.a.

³⁴ s. Shukow, Sokolowski, Tulpanow, Semjonow, Tschuikow und jeweilige Berliner Stadtkommandanten

Schloßfreiheit. Die große Treppe im Schlüterhof mit beiden Puttengruppen wurde zerstört. Panzer zermalnten abgeschlagenen Skulpturen abgeschlossen. Das Betreten des Schlossgebäudes war vor Drehbeginn verboten worden. (s. zum Zustand Photos i. d. Landesbildstelle aus 1946 und dann nach o.g. Okkupierung der Ruine für sowjetische Dreharbeiten).

Noch am **15. Nov. 1949** setzte sich der SBZ -„Kulturbund“ unter *Karl Hofer* und *Johannes R. Becher* für einen zumindest partiellen Erhalt des Gebäudekomplexes - Berliner Schloss - ein. Sie forderten das Amt für Bau und Wohnungswesen unter Magistratsdirektor *Starck* bzgl. Maßnahmen zur Erhaltung der äußeren Gesamtfassade und einen späteren modernen Innenausbau des Schlosses auf.

Ende **Dez. 1949** reiste anlässlich des angeblich 70zigsten Geburtstags von *Stalin* auch OB *Ebert* als Mitglied der Regierungsdelegation der DDR nach Moskau - und der eingesetzte Magistrat benannte anlässlich dieses 70zigsten Geburtstages und zu Ehren *Jozef W. Stalins*³⁵ die Frankfurter Straße/Frankfurter Allee in **Stalinallee** um.

Nach seiner Rückkehr empfahl OB *Ebert* die Übernahme der sowjetischen Technologie und Moskauer Architektur für die geplanten Neubauten im Friedrichshain; ihn störe dort der *noch immer starke Einfluss des Dessauer Bauhaustils*.

Am **15. Febr. 1950** hieß es in der „Berliner Zeitung“:

...aus kulturellen Gründen soll der um das Westportal gelegen Teil des Schlosses erhalten bleiben. Der übrige Teil des Schlosses wird sich infolge der übergroßen Zerstörungen nicht mehr erhalten lassen. Und soll nach Sicherstellung der dort noch vorhanden baulichen Kunstwerke abgetragen werden...

Sollte jetzt lt. o.g. Planungskollektivs (s. Abtl. Volksbildung/Bau- und Wohnungswesen sowie Architekt Richard Paulick) der Eosanderbau erhalten und der Schlüterbau gesprengt werden? (s. „N.D.“ mit „Das Zukunftsgesicht Berlins“ vom 12. sowie 15.2.1950)

Am **04. März 1950** hieß es in der „Berliner Ztg.“:

...der Magistrat bemühe sich, auch das Schloss als Ganzes zu erhalten; allerdings stehen im Augenblick die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung, so dass wir der Meinung sind, die Deutsche Demokratische Republik müsste für diesen so wichtigen Zweck einen ausreichenden Betrag bereitstellen.

Vom **14. April bis 27. Mai. 1950** weilte die Delegation des Ministeriums für Aufbau der DDR unter Minister *Dr. Lothar Bolz* (1903-1986), in Moskau, um sich über die Methoden des *fortschrittlichen Städtebaus* in der Sowjetunion belehren zu lassen. Darunter Hauptamtsleiter *Piesterik*, der Direktor des Instituts für Städtebau, *Dr. Kurt Liebknecht*, Referent des Hauptamtes für Hochbau beim Magistrat mit Unterlagen/photographischen Aufnahmen zum Berliner Schloss: aus Friedenszeiten und zum Ist-Zustand 1950.

Am **12. Mai 1950** hieß es von OB *Ebert jun.*...**„der Schlüterbau steht dort, wo n a c h dem B e f e h l Moskaus bis zum 01. Mai 1951 der „Rote Platz“³⁶ für kommunistische Demonstrationen hergerichtet sein muss“**. Später - nach einem 10 Minuten-Gespräch mit Prof. *Hamann* - vor der provisorischen „Volkskammer“ und unter deren Beifall: **„das Schloss muss fallen“**.

Am **22. Juli 1950** teilte SED Gen. Sekretär *Walter Ulbricht* - nach der Moskaureise der Regierungsdelegation mit dem Stadtarchitekten *Dr. Kurt Liebknecht*³⁷ und unter dem Minister für Aufbau (1949-1953), *Dr. iur. Lothar Bolz*³⁸ (1903-1986) - auf dem 3. SED-Parteitag zum Thema „Wiederaufbau Berlins - Wiederaufbau von 53 Städten in der DDR“ die Entscheidung zur Niederlegung bzw. der Sprengung der imposanten barocken Schlossruine zwischen Schlossplatz und Lustgarten in Berlin-Mitte mit.

...die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe ist der Wiederaufbau der zerstörten Städte der Republik, in erster Linie der Hauptstadt Deutschlands, Berlin...das Zentrum unserer Hauptstadt, der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schloßruine, müssen zu dem großen Demonstrationsplatz werden, auf dem der Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck findet.

Motiviert vom SED-Politbüro mit der Angabe für die Öffentlichkeit, der Wiederaufbau würde 50 Mio. Mark Kosten, die dringend für den Wohnungsbau benötigt werden.

³⁵ s. Personenkult um Stalin im gesamten sowjetischen Machtbereich; den von NS-Herrschaft befreiten Völkern Ost-Europas wurde die Freiheit verweigert

³⁶ auch als „Platz des Roten Oktober“ mit einer Tribüne für 3.000 Ehrengäste in ostBerliner Ztg. zitiert

³⁷ *1905 in Ffm./+ 1994 in Berlin; Sohn des Chemikers Dr. Otto Liebknecht in Ffm. 1931-1948 in der UdSSR; der „rote Schlüter“ genannt; Neffe von Dr. Karl Liebknecht

³⁸ nach 1929 KPD, RA i. Breslau; emigrierte über Danzig, Prag i.d. UdSSR, Journalist, ab 1941 Lehrer i. Moskau und an die sowjetische Antifa-Schule für deutsche Gefangene, sowjetischer Staatsbürger. Ende 1947 Rückkehr in die SBZ; von 1948 bis 1972 Vorsitzender d. NDPD; 1949 bis 1953 Minister für Aufbau, 1953-1965 Min. d. Auswärtigen Angelegenheiten

In der Ministerratssitzung seien einstimmig die ersten Maßnahmen für die Neugestaltung des Berliner Stadtzentrums und der Zeitplan festgelegt worden.

OB Ebert jun. erklärte: *der Magistrat werde unverzüglich die erforderlichen Mittel bereitstellen, damit der erste Bauabschnitt bis zum 01. Mai 1951 beendet werden kann.*

Am **27. Juli 1950** beschloss die SED Regierung „**16 Grundsätze des Städtebaus**“ und in einer gemeinsamen Sitzung des Berliner Magistrats und Ministerrats der DDR am 25. Aug. 1950 „**Grundsätze für die Neugestaltung Berlins**“ sowie das „**Aufbaugesetz**“ mit einer zentralen Achse in 90 m Breite von der Frankfurter Alle, über den Alexanderplatz/Rathausstraße zur Straße Unter den Linden bis zum Brandenburger Tor; vorgesehen wurde in den Planungen ein repräsentatives Gebäude im „Stil eines Volkshauses“. Offiziell hieß es zum Städtebau-Programm der DDR...*das deutsche Volk, das erstmals in seiner Geschichte durch seine Majorität für seine Majorität handelt, hat das Recht, seiner Hauptstadt Berlin ein Antlitz zu geben, dass der neuen Phase seiner Geschichte würdig ist.*

Am **27. Aug. 1950** wurde in der Presse der Aufbauplan für das Zentrum des „neuen Berlins“ an Hand von Plänen und eines Modells von *Dr. Kurt Liebknecht* bekannt gegeben.

Am **28. Aug. 1950** appellierte Prof. *Richard Hamann* in seinem Schreiben an den Ministerpräsidenten der DDR, *Otto Grotewohl*; er schrieb von einem *regierenden Bau, den jede Regierung mit neuem Leben füllen könnte...es beherrscht das Zentrum Berlins, den Platz, den es bilden hilft, die Straße, die zu ihm führt, das alte Berlin, das für den, der die Vergangenheit Berlins verkörpert sehen möchte, den Begriff Berlin ausmacht...*

Von Otto Grotewohl (SPD/SED) sei zur geplanten „Rückbau“ Aktion bemerkt worden...*jetzt schreien alle, und wenn das Schloss weg ist, dann kräht kein Hahn mehr danach.*

Vor der Sprengung hätten als „Parteiauftrag“ 29 Personen - darunter Photographen, Architekten und Kunsthistoriker unter *Dr. Gerhard Strauß* (Ministerium für Volksbildung), Assistenz von Prof. *Clasen* (Uni Greifswald), Prof. *Weidhaas* (*Weimarer Bauhochschule*) und *Dr. Kaiser* (Ass. von *Dr. Strauß*) - ohne den Schlüterspezialisten *Dr. Ladendorf* aus Leipzig und *Dr. Ernst Gall* in München.

Sie hatten den „Rückbau“ als wissenschaftlich unumgänglich zu begutachten sowie den „Ist-Zustand“ des Schlosses *wissenschaftlich* zu dokumentieren. Als Beispiel des *imperialistischen Untergangs* sei die Sprengung befürwortet worden...*das Berliner Schloss sei zudem kein deutsches Kulturerbe, sondern ein Denkmal der Reaktion und des Feudalismus*, heißt es.

Lt. SED Auftrag wurde die *Ruine auch als Denkmal der Reaktion und des Feudalismus* sowie *als Beispiel des imperialistischen Untergangs* bezeichnet.

Zum **30. Aug. 1950** wurden die Vertreter der Kulturorganisationen der DDR ins Ministerium für Aufbau beordert. *Dr. Liebknecht* erlebte eine einstimmige Ablehnung der Abriss- bzw. sog. „Aufbaupläne“ - und ließ die Versammlung vorzeitig auflösen, damit *keine* Resolution mehr verfasst werden konnte (s. „Der Spiegel“ vom 18.10.1950).

Weder Denkschriften³⁹ noch Memoranden verhinderten die endgültige Vernichtung des kulturellen Erbes zu Gunsten einer Freifläche als *Aufmarschplatz* mit einer Tribüne für die DDR-Staatsmacht und deren Staatsgäste. unter „Alliierte Kommandantura“ bzw. des „Alliierten Kontrollrats für Deutschland in den Grenzen von 1937“.

Mit dem **06./07 Sept. 1950** begann gegen auch internationale Proteste die angeordnete Sprengung⁴⁰ der imponierende Ruine des königlich-preußischen Residenzschlosses⁴¹ an der Spree zu Gunsten eines zentralen Aufmarschplatzes auf 82.000 m² - mit einer riesigen Tribüne für die ab **1950** Herrschenden - für geplante Massen-Kundgebungen ab Mitte 1951.

„**Ausgebaut**“⁴² seien an der Lustgartenseite: Teile von Portal V (ursprünglich Schlüter, überbaut von Eosander (s. Permosers Atlanten: Frühling und Sommer sowie Herbst und Winter nach 1707 bis 1713) sowie vom Portal IV; vom Portal IV der „historische Liebknecht-Balkon“⁴³.

...die o.g. Atlanten vor der Sprengung der bd. Portale in Lehm und Stroh eingepackt, wo sie hinfallen würden, ebenfalls Stroh ausgelegt (glaubte man, diese Figuren würden den Sturz unbeschädigt überstehen?)

³⁹ s. z.B. auch von *Dr. Ernst Gall*, 1930 bis 1945 Direktor der Staatlichen Preußischen Schlösser und Gärten; seit 1947 Prof. in München

⁴⁰ s. Dokumentarfilm von *Leo de Laforge* auf Anregung von Bundespräsident Prof. Th. Heuß

⁴¹ in der äußerlichen baulichen Form 250 Jahre bestehend; errichtet war der größte Barockbau nördlich der Alpen von den Hof-Baumeistern *Caspar Theyss*, *Andreas Schlüter*/*Martin Böhme*/*Eosander* unter den brandenburgischen Kurfürsten *Friedrich I.* sowie *Friedrich Wilhelm I.*, zugleich Könige in (Ost)Preußen a. d. Haus Hohenzollern; bauliche Veränderungen, Plastiken u. Innenarchitektur schufen auch: *Joh. August Nahl*, *Gebr. Hoppenradt*, *Schadow*, *Carl Gotthard Langhans*, *Karl Friedrich Schinkel*, *August Stüler*, *Adolf Heyden*, *Ernst v. Ihne* und *Albert Geyer* im Schloss mit über 1.200 Räumen u. nur in wenigen königlich-kaiserlich Räumen unter *Wilhelm II.*

⁴² s. „Das Berliner Schloss und sein Untergang“- im Auftrag des BM für gesamtdeutsche Fragen, 1951 (deutsche und engl. Ausgaben)

⁴³ s. Legende der DDR Geschichtsschreibung (bzw. lt. *Napoleon ist Geschichte die Lüge, auf die sich alle geeinigt haben*)

„**Ausgebaut**“ seien an der Schlossplatzseite: vom Dachgeschoss 4 Adler und 2 Widderköpfe; im 1. Stock eine Fensterumrahmung; am 2. Stock eine Fensterbekrönung - und aus Portal I (Schlüter) eine einzige Kartusche: das St. Georgs Relief.

Als erstes wurde der Hof-Apothekenflügel aus der Renaissancezeit an der Spreeseite und *last but not least* am 30. Dez. 1950 das Eosanderportal (Portal III) mit Schlosskapelle gesprengt.

Da man in drei Schichten Tag und Nacht bei Scheinwerferbeleuchtung sowie an *freiwilligen* Aufbau-Sonntagen mit der FDJ sprengen und arbeiten ließ, war der Plan *vorfristig erfüllt*, heißt es. Zwischen **10 bis 12 Millionen Mark** sollen die mind. 12 Sprengungen zwischen dem 7. September 1950 bis zum 30. Dezember 1950 mit **13 t** bzw. **13.000 kg** „geborgtem sowjetischem“ **Dynamit** für 150.000 m³ Trümmerschutt aus Säulen, Wänden, Fassaden und Kuppel gekostet haben.

Bis zum 01. Mai 1951 beliefen sich die Kosten dieser Sprengungen etc. auf etwa 10 Mio. - ein Wiederaus- bzw. Aufbau hätte damals angeblich mind. 32 Mio. oder max. 50 Mio. gekostet?

Zum **06. März 1951** erfolgte durch die drei Westalliierten eine Revision des bisherigen Besatzungsstatuts nach der bedingungslosen Kapitulation der großdeutschen Wehrmacht zum 08. Mai 1945. Es erklärte für die „Bundesrepublik Deutschland“ die *formelle Aufhebung* des bisherigen **Kriegszustandes** - unter weiterhin alliierter Besetzung für mögliche 60 Jahre (lt. Haager Konvention von 1907), die Beendigung bzw. Einstellung der Demontagen - und im Weiteren die Errichtung eines Auswärtigen Amtes in Aussicht.

Am **09. Juli 1951** ließ der amerikanische Präsidenten *Truman* den bisherigen Kriegszustand zwischen dem 1938 völkerrechtlich anerkanntem **Großdeutschland** und den USA, Großbritannien und Frankreich für beendet erklären.

Am **25. März 1954** übertrug die UdSSR unter *Malenkov* und *Chruschtschow* einseitig die staatliche Souveränität in ihrer Besatzungszone (SBZ) auf die im Okt. 1949 als gegründete Deutsche Demokratische Republik/DDR. Zu Gunsten der Sowjetunion verblieben - wie bei den Westalliierten - ebenfalls wichtige Vorbehaltsrechten sowie weiterhin legitime Besatzungsrechte (s. Stadtkommandanten usw.); selbstverständlich weiterhin kostenpflichtig für die deutsche Bevölkerung.

Im **Okt. 1954** durften die Berliner im sowjetischen Sektor von Groß-Berlin erstmals ihr „Stadtparlament“ wählen. Die Einheitsliste erhielt 99,4 % der Stimmen... „Stadtoberhaupt“ blieb bis 1967 *OB Friedrich Ebert jun.*

Am **25. Jan. 1955** erklärte ihrerseits die Sowjetunion unter dem 1. Parteisekretär der KPdSU *Nikita Chruschtschow* den bisherigen **Kriegszustand** mit „**Deutschland**“ für beendet.

Am **05. Mai 1955** beendeten die „**Pariser Verträge**“ das bisherige „Kleine Besatzungsstatut“ des „Alliierten Kontrollrats“; die Bundesrepublik Deutschland/BRD sei ab jetzt ein souveräner Staat.

Für die Westsektoren im alliierten „Sondergebiet Groß-Berlin“ blieben mit Zustimmung der BRD die Rechte und Verantwortlichkeiten bei den Westmächten. Diese neue „**Erklärung über Berlin**“ regelte die Beziehung der Alliierten zu den Berliner Behörden.

Mit dem **15. Mai 1955** endete für die **Republik Österreich** und das Sondergebiet Wien - nach **300** Ausschusssitzungen zum „**Staatsvertrag**“⁴⁴ - eine 10-jährige alliierte Besatzungszeit mit dem Truppenabzug der vier Siegermächte.

Nach dem **20. Sept. 1955** gewährte die UdSSR unter *Bulganin* und *Chruschtschow* (1. Parteisekretär der KPdSU) der DDR unter dem SED-Staatsratsvorsitzenden *Walter Ulbricht* lediglich eine **b e d i n g t e** Souveränität.

1958 setzte die DDR dem westberliner Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ ihren „Ideenwettbewerb zur sozialistischen Umgestaltung der Hauptstadt der DDR, Berlin“ entgegen.

Allerdings führte keine der Einsendungen zu einer preisgekrönten Lösung. Es gab keinen Preisträger für das DDR-Preisgericht...außer Konkurrenz schlug Architekt *Hermann Henselmann* statt eines Regierungshochhauses (150 m) einen „Turm der Signale“ vor (s. Fernsehturm).

Die in Berlin-Kreuzberg eingelagerten vorhandenen Modelle der Gussformen dienten der Gießerei Noack in westBerlin für die neu entstandene „Quadriga; sie durfte offiziell als Wahrzeichen der „Hauptstadt der DDR“ auf ihren angestammten Platz auf dem Brandenburger Tor am Pariser Platz zurückkehren; ohne die Insignien der Befreiungskriege 1813: Preußenadler und Schinkels „Eisernes Kreuz“ im Eichenkranz.

⁴⁴kein Friedensvertrag

Bis zum Jan. 1959 wurde in 300 Güterwaggons weitere sowjetische „Beutekunst“ mit etwa 1,5 Mio. *Trophäenstücke* aus dem Depot der Eremitage und 121 Kisten mit Büchern und Photographien in die DDR transportiert. Darunter befanden sich auch 58 Kisten verschleppten Inventars, wie z.B. 160 von einst *sichergestellten* 2.000 Möbelstücke: Kommoden, Schränke, Standuhren aus den Potsdamer Schlössern⁴⁵ mit Gemälden, Meißen-Vasen und figürlichem Porzellan der KPM.

Am 14. Juli 1959 entschied das Bundesverfassungsgericht - insbesondere gegen Ansprüche aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen - dass ehemalige Besitzrechte an preußischen Kunstschatzen und der Staatsbibliothek - die i m m e r für das ganze Deutsche Reich und nicht für einzelne deutsche Provinzen bestimmt waren - endgültig in die ggr. Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“/SPK - vereinbar mit dem Grundgesetz - übergehen, um sie dem gesamtstaatlichen deutschen Kulturleben zu erhalten.

Das alliierte „Sondergebiet Groß-Berlin“ beherbergte bzgl. der durch den Krieg getrennten Bestände bis nach 1990 zwei Museenzentren⁴⁶:

- a) 14 Staatliche Museen auf der Museumsinsel an der Spree in Berlin-Mitte (sowjetischer Sektor), Staatsbibliothek (Bestände des Geheimen Preußischen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem zu 80 % in Merseburg ausgelagert)
- b) 14 Staatliche Museen der SPK in Berlin-Dahlem (amerikanischer Sektor); 1914 im Auftrag *Wilhelm v. Bodes* vom Architekten *Bruno Paul* als Asiatisches Museum gebaut und vorübergehend auch als Magazin des „Völkerkundemuseums“ genutzt; Staatsbibliothek, Geheimen Preußischer Staatsarchiv in Berlin-Dahlem (mit 20% der ehemaligen Bestände)

Am **21. April 1961** beschloss der Magistrat im sowjetischen Sektor Berlins unter OB *Ebert jun.*, die während des „Abbruchs“ vom Berliner Schlosskomplex geborgenen Fassadenteile aus Portal IV in die Fassade des entstehenden Gebäudes des „Staatsrats der DDR“ einzufügen.

Ab **1966** wurden auf Beschluss des Politbüros des ZK der SED und des Präsidiums des Ministerrats der DDR die *Grundkonzeptionen über den Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt der DDR, Berlin* mit Schwerpunkt der Bebauung zwischen Marx-Engels-Platz (s. Schlossareal) und Alexanderplatz mit Fernsehturm bis 1970 mit der ostBerliner Stadtverordneten-Versammlung beraten.

Zum Neubau „Staatsratsgebäude“ (seit 1998 unter Denkmalschutz) heißt es **1983** im Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler „Dehio“ zu Berlin/Potsdam (DDR) bzw. Institut der Denkmalpflege Abteilung Forschung, Akademie Verlag Berlin, bearbeitet von Becker, Büttner, Drescher, Herrmann, Schröder, Stepansky, Trost... *vom Schlosskomplex Teile wiederverwendet am Staatsratsgebäude Marx-Engels-Platz, erbaut 1962-64 unter Ltg. von Roland Korn*⁴⁷. *Dort eingefügt das ehemalige zum Lustgarten gelegene Portalrisalit IV des SW Flügels der Schlosserweiterung von Joh. Friedrich Eosander, ausgeführt zwischen 1706-1713 als Wiederholung des 1698-1707 entstandenen Gartenportals V von Andreas Schlüter. Der Aufbau des dreiachsigen Risalits*⁴⁸ *entsprechend den ehemaligen Schlossfronten viergeschossig mit oberen Mezzanin und geschloßweise übereinander angeordneter Pilastergliederung, von italienischen Barockströmungen beeinflusst. Die Mittelachse durch einen hermentragenden Balkon vor der Hauptetage sowie ein großes Rundbogenfenster mit eingestellten Säulen und bekrönender Wappenkartusche betont, letztere von Genien des Ruhmes begleitet. Die ausdrucksstarken Atlantenhermen von Balthasar Permoser aus Dresden entstanden zwischen 1706 bis 1708; waren von Schlüter ursprünglich wohl nicht beabsichtigt. Teil eines Jahreszeitenprogramms an den Lustgartenportalen, Herbst und Winter darstellend*⁴⁹. *Die herkulischen Körper anlässlich der Neuaufstellung kopiert. Frühling und Sommer vom Schlüterportal (V) in den Staatlichen Museen Berlin.*

*Der Attikaschmuck des Risalits schon Anfang des 19. Jahrhunderts verloren. Weitere Reste*⁵⁰ *der Architekturplastik des ehemaligen Schlosses in den Staatlichen Museen Berlin und im Märkischen Museum.*

Am **03. Okt. 1969** war der ostBerliner Fernsehturm nach dreijähriger Bauzeit vor dem Roten Rathaus fertig gestellt worden; mit 365 m höchstes Bauwerk im Raum Groß-Berlin.

⁴⁵s. Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten - nach dem Vertrag zwischen der Weimarer Republik und dem Haus Hohenzollern - allein aus der „Bildergalerie Sanssouci“ z.B. Meisterwerke flämischer, holländischer, italienischer und französischer Schulen; erworben unter König Friedrich d. Großen von 1755-1763; es fehlen auch ihr bis dato mind. 99 Gemälde neben gelisteten Gemälden auch aus Aachen, Berlin, Dessau und Schwerin...s. Verlustkatalog der Stiftung von 2004 - und 6 Rückgaben aus den USA, Holland und Großbritannien

⁴⁶ ab dem 01. Jan. 1992 wurden aus zusammengeführten Sammlungen 17 Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz bzw. Staatlichen Museen zu Berlin.

Im Stiftungsrat der SPK verfügt der Bund über 120 und die 16 Bundesländer als Träger der Kulturhoheit zusammen über 80 Stimmen

⁴⁷ * 1930 in Saalfeld; nach Wettbewerb 1964 - Chefarchitekt der „Hauptstadt der DDR“; s. „Generalplan für die Entwicklung der Hauptstadt der DDR von 1988 bis 2010“?, unter Korn's Planungen etc. für den neuen Stadtbezirk/gesamtes Neubaugebiet Berlin-Marzahn

⁴⁸ eine **Kopie**, s. Aussage von *Jürgen Klimes*, VEB Stuck und Naturstein

⁴⁹ lt. *Jürgen Klimes*, (Meister in VEB Stuck- Naturstein) zu 97 % Original erhalten

⁵⁰ verteilt waren größere Teile des beweglichen - im Krieg ausgelagerten - Schlossinventars (s. *Dr. Gall/Dr. Kühne*) im Kunstgewerbemuseum Schloss Köpenick sowie auf die Schlösserverwaltungen Potsdam/Sanssouci und Charlottenburg/Berlin

Am **26. März 1970** bis zum 03. Juni 1972 verhandelten die alliierten Siegermächte wiederum ergebnislos zum **Viermächteabkommen** über das Sondergebiet Groß-Berlin.

Am **21. April 1976** eröffnete in ostBerlin das für mind. eine Milliarde Valutamark ausgestattete Prestigeobjekt der DDR, der „**Palast der Republik**“⁵¹ als *Symbol jener Schönheit, die dem sozialistischen Lebensgefühl unseres Volkes entspricht* sowie als *Beweis der Existenz einer sozialistischen Nationalkultur* - auf dem Areal des ursprünglichen markgräflich-kurfürstlichen bzw. nach barockem Umbau unter Schlüter zum königlichen Residenzschloss⁵² an der Spree.

Als Mehrzweckgebäude bzw. 1972/73 projektiert durch das Architektenkollektiv unter *Heinz Graffunder* und erbaut unter Leitung von *Erhardt Gießke* in 1000 Tagen...multifunktional mit „Volkskammersaal“, gläserner Foyerbereich, „Theater in Palast“, Kleiner Saal für etwa 540 Plätze und der Mehrzweckhalle „Großer Saal“ für bis zu 5.000 Plätzen, zahlreichen Restaurants usw.; Kostenpunkt: eine Milliarde Valutamark.

...architektonisch keine „Konkurrenz“ zum fast zeitgleich errichteten Internationalen Kongreßzentrum/ICC mit 320 m Länge, 80 m Breite und 40 m Höhe des SPD-Senats von westBerlin und der Messe/AMK in Berlin-Charlottenburg? Nach fast 10 jährigen Planungen entstand unter den Berliner Architekten *Ralf Schüler*⁵³/*Ursulina Schüler-Witte* mit zeitweise bis zu 100 Mitarbeitern deren Hightech-Haus; es wurde 1979 nach vierjähriger Bauzeit am Messedamm eröffnet.. Kostenpunkt: eine Milliarde DM.

1980 begann in der DDR unter *Erich Honecker* eine Art „Preußen-Renaissance“: z.B. kehrte das Reiterstandbild von *Rauch* für König Friedrich II. v. Hohenzollern, nach 1772 König von Preußen - bisher versteckt im Park von Sanssouci hinter Busch und Baum - an seinen ursprünglichen Standort auf Berlins Straße Unter den Linden zurück.

Im **Nov. 1984** wurde von der Staatsmacht in der DDR um Prof. *Dr. Gerhard Strauß*⁵⁴ als einem führenden Kunstwissenschaftler und „Denkmalpfleger“ im Ministerium für Volksbildung und „Aktivist der ersten Stunde“ getrauert.

Das SED bzw. Zentralkomitee erklärte im „N.D.“ nicht, dass *Dr. Strauß* 1950 seinen wichtigsten Parteiauftrag vom Politbüro der SED erhielt. Bekanntlich hatte er den Abriss/die Sprengung des letztlich nach drei Bombardierungen fast vollständig ausgeglühten Berliner Schlosses als *wissenschaftlich unumgänglich* zu begutachten. Auf Grund internationaler Proteste zur erfolgten „Kulturbarbarei“ hatte er nur ganz kurzfristig seinen Dienst zu quittieren.

Anlässlich der 750-Jahrfeier der Doppelstadt Berlin-Cölln bzw. der Initiativen in der „Hauptstadt des Friedens“ unter *OB Erhard Krack*⁵⁵ von 1974 bis 1990 - im politisch und verwaltungsmäßig aufgeteilten alliierten Sondergebiet „Groß-Berlin“ - reichten im Jan. **1987** ostBerliner Ärzten⁵⁶ ihren Vorschlag⁵⁷ zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses in Verbindung mit dem „Palast der Republik“ an den Generalsekretär des ZK der SED *Honecker* ein. Sie erhielten zu ihrer Eingabe - mit Bauskizze - eine Gesprächs-Einladung aus dem SED-Zentralkomitee/Abtlg. Bauwesen.

Seit **1989/90** wurde in der sog. „Wendezeit“ und fast 40 Jahren nach Sprengung des Berliner Schlosses - im Gegensatz zur o.g. Idee einer partiellen Rekonstruktion mit barocken Fassaden - in Frankfurt am Main das Projekt „**Berlin morgen: Ideen für das Herz einer Großstadt**“ sowie von der F.A.Z. unter und mit ihrem Herausgeber *Joachim Fest* Anfang 1990 unter einem „Plädoyer für den Wiederaufbau des Stadtschloßes“ mit *Michael Mönninger, Jobst Siedler, Christoph Stölzl und Vittorio Magnano Lampugnani* publiziert.

⁵¹ 180 m lang, 90 m breit und 30 m hoch in vier Geschossen auf dem Baugrund des Renaissancebaus im 15./16. Jahrhd. - am 19. Aug. 1990 mit Volkskammerbeschluss wg. vermuteter Asbestbelastung geschlossen...und am 19. Jan. 2006 beschloss der Bundestag den sofortigen „selektiven Rückbau“ bzw. Abriss des Palastes; Kosten etwa 35 Mio. Euro.

⁵² s. i. A. bzw. für *Friedrich I.* v. Hohenzollern unter *Schlüter* und *Eosander* sowie unter *Böhme* für *Friedrich Wilhelm I.* v. Hohenzollern, beide waren Kurfürsten von Brandenburg und Könige **in** ostPreußen

⁵³ *1930 in Berlin-Pankow, Architekturstudium an der TU westBerlin... s. rekonstruierter Marstall und Stülerbau mit Ägyptischem Museum in Charlottenburg, 1967 U-Bahnhof Schloßstraße, s. futuristisches Turmrestaurant Steglitz (Bierpinsel), s. 1986 Rosa-Luxemburg Denkmal am Landwehrkanal, s.1990 Rathaus Hellersdorf, 2001 Kuppel für den U-Bahnhof Nollendorfplatz u.a.m.

⁵⁴* 1908 in Mohrungen/Ostproußen, Abitur 1928 i. Allenstein, Universität Königsberg, Köln und Wien: Kunstgeschichte, Archäologie, Erdkunde. SPD 1929/30; SPÖ 1930; KPD 1932/33, SA 1934/35; 1935 Dr. phil. in Königsberg; NSDAP ab 1937; Unteroffizier, 1945 sowjetische Kriegsgefangenschaft/Ltr. der ANTIFA; 1945... KPD/SED usw.; s. bis Direktor des Instituts für Kunstgeschichte Humboldt-Uni in Ost-Berlin.

⁵⁵ * 1931 in Danzig, ab 1951 SED Mitglied; Nachfolger von Ebert/Fechner als OB in Berlin (Ost); 2/1990 Rücktritt, ebenfalls verurteilt wg. Wahlfälschung der Kommunalwahl im Mai 1989 in ostBerlin

⁵⁶ s. *Dr. Joachim Müller* sowie *Dr. Hilmar Körner* (z.B. auch 07./08. 11. 1992 Morgenpost Sonntags-Beilage „Berliner Illustrierte“, S.4)

⁵⁷ s. auch Ideen von Prof. *Goerd Peschken* mit *Frank Augustin* 1991 sowie die Umsetzung in der „Ausstellung“ 1993/94 auf dem Marx-Engels Platz (sog. „Schlossplatz“)